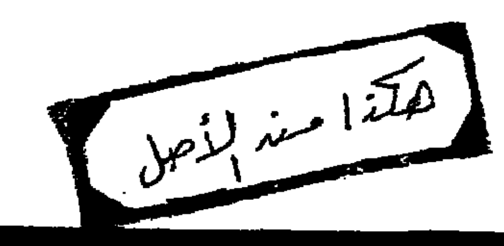


ISRAEL NACHRICHTEN
חדשות ישראל

DONNERSTAG, 16. JANUAR 1975 ● PREIS: IL 1.30 יום חמישי, ד' שבט תשל"ה ★ המחיר: ל"י

Wieder israelische Aktion im Fatahland

— acht Soldaten erlitten leichte Verletzungen

Acht unserer Soldaten erlitten leichte Verletzungen, als in den gestrigen sehr frühen Morgenstunden, Einheiten unserer Streitkräfte das Gebiet um und im Dorfe Schuba im Fatahland, im Süden des Libanon, durchkämmten, um Terroristen aufzustöbern und ihre Schlupfwinkel zu zerstören. Die Verletzungen waren bei allen acht Soldaten so leichter Natur, dass sie nach kurzer Behandlung wieder zu ihrem Einheit zurückkehren konnten.

Bei der Aktion in und bei Schuba wurde eine Wasserleitung, die den Terroristen und ihren Helfern in dieser Zone diente, gesprengt und in Häusern sowie im offenen Terrain wurde nach Terroristen und ihren Verbündeten unter der Zivilbevölkerung gesucht. Das Gebiet, um das es sich hier handelt, liegt in der Nähe des Har Dow. In diesen Landstrichen führt Zahal seit Tagen Aktionen durch, die nach Ansicht der Beobachter alle Pläne der Terroristen gruendlich gestört haben.

Die Verletzung der acht Soldaten war die Folge der üblichen israelischen Rücksichtnahme auf Zivilpersonen. Man hörte Frauenstimmen und die Soldaten wurde angewiesen, nicht zu schiessen und vorsichtig vorzugehen. Als sie sich den Frauen näherten, wurden auf sie und die Frauen Handgranaten geworfen und Feuer eröffnet. Später fanden die Zahaltruppen im Terrain ein verlassenes Maschinengewehr.

FUENF ZIVILISTEN MITGENOMMEN

Eine Gruppe Soldaten nahm während der letzten Aktion im Fatahland insgesamt fünf Zivilisten nach Israel mit. Dabei handelt es sich um einen Vater und seine drei Söhne, sowie einen älteren Einwohner des Dorfes Schuba. Nach Mitteilung des Zahalsprechers sollen alle fünf Gefassten in Kürze wieder an den Libanon überstellt werden.

Bei einer Presseführung erklärte ein hoher Offizier an der Nordgrenze, es sei klar, dass kaum libanesische Truppen im Fatahland weilen, obwohl es für sie nicht schwer wäre, diese Gebiete zu kontrollieren.

Libanesische Quellen berichteten gestern über einen „dreistündigen Kampf" palästinensischer Kämpfer gegen israelische Invasionstruppen beim Dorf Schuba.

PERES: UNSERE AKTIONEN IM LIBANON SIND NOTWENDIG

„Wir können nichts anderes tun, als weiterhin Aktionen im Süden des Libanon durchführen, wenn wir die Siedlungen entlang der Grenze in Ruhe leben lassen wollen", sagte gestern Verteidigungsminister Schimon Peres vor Technion-Studenten in Haifa. Er meinte, die Libanesen würden entscheiden müssen, ob sie auch weiterhin als souveräne Nation zu leben gedenken.

Später besuchte Peres Verletzte im Rambam-Hospital in Haifa.

BRIEF AUS DEM LIBANON NACH GEDERA

Der Soldat Salem Jizchak, der bei einer der Zahalaktionen im Süden des Libanon von seiner Einheit separiert und von den libanesischen Truppen gefangengenommen wurde, schrieb zum ersten Male an seine Familie. In Gedera, wo die Familie ansässig ist, traf der erste Brief des Gefangenen ein. Er teilt mit, dass er gesund ist und es ihm, den Umständen entsprechend, recht gut gehe. Der Brief war in Beirut von einem Vertreter des Internationalen Roten Kreuzes erhalten worden.

CHERUT-LANDESTAGUNG FASST BESCHLÜSSE

Den Arabern einen Waffenstillstand auf drei Jahre anzubieten, damit im Laufe dieser Zeit ein Frieden ausgearbeitet werde: Wahlen im Lande noch in diesem Jahre zu verlangen; Siedlungen auf dem Gesamtgebiete des „Landes Israel" durchzuführen — gehört zu den Grundsatzbeschlüssen der Cherut-Tagung, die in der Bezudat Seew in Tel Aviv in der Nacht zu heute ihren Abschluss fand.

Handelsabkommen USA-Sowjetunion offiziell gekündigt

— Kommentare geben noch kein Bild von der Wirklichkeit des Hintergrundes

Eine Flut von Kommentaren rief gestern in der ganzen Welt die Annullierung des amerikanisch-sowjetischen Handelsabkommens hervor. Dabei wurden die verschiedenartigsten Vermutungen laut. Bisher ist keineswegs bekannt, was zu der von der Sowjetunion gestarteten und von den USA dann gefolgten Massnahme der Aufhebung des Abkommen wirklich geführt hat.

In den gestrigen Morgenstunden hatte Prof. Henry Kissinger bekanntgegeben, dass die Regierung der Union der Sozialistischen Sowjetrepubliken die Regierung der Vereinigten Staaten von Amerika bereits am Freitag davon informiert habe, das Abkommen über den gegenseitigen Handel in bevorzugter Weise, so wie es zwischen Washington und Moskau abgeschlossen worden war, sei als aufgehoben anzusehen. Er teilte auch mit, dass daraufhin Präsident Gerald Ford das Abkommen von amerikanischer Seite her ebenfalls für annulliert erklärt habe.

Die ersten Erläuterungen in Rundfunk, Fernsehen und Presse sprachen davon, dass die zu zahlreichen und allzu detaillierten Veröffentlichungen in Bezug auf das Jackson Amendment und russische Zugeständnisse zu dem sowjetischen Schritt geführt hätten, da die Sowjetunion es sich ganz einfach nicht erlauben konnte, in solchem Masse an Gesicht zu verlieren. Hier wurde auch erneut die geschwächte Position des KP-Sekretärs Breschnew in Erinnerung gebracht und darauf hingewiesen, dass sich die Annullierung des Abkommens auch gegen Breschnew und seine Politik richte. Andere führende Kreise der UdSSR versuchten, so meinte man die Detente zu zerstören und den Kalten Krieg wieder aufleben zu lassen.

Israels Vizeministerpräsident und Aussenminister Jigal Allon erklärte zu dem Komplex, Israel und die Juden der Welt würden es nicht zulassen, dass sich nunmehr wieder der Eiserne Vorhang für die Juden der Sowjetunion herabsenke, der Kampf um die Freiheit der Alija werde weitergehen. In ähnlichem Sinne äusserte sich der Präsident des Jüdischen Präsidentenclubs der USA, Raw Miller. Beide Sprecher meinten, man müsse die Verhandlungen wieder aufnehmen und ein neues Handelsabkommen zustandebringen.

Sprecher des Kongresses gaben später der Ansicht Ausdruck, es werde möglich sein, ein solches neues Abkommen zu schliessen, da die Detentepolitik der Russen keineswegs zuende sei. Überhaupt waren die Kommentare gestern abend weit optimistischer als im ersten Augenblick. Auch Presse und andere Massenmedia sahen in dem russischen Schritt nur eine Verteidigung russischen Prestiges, keine Änderung der politischen Linie und meinten daher, ein neues Abkommen würde erreicht werden können.

JARIW BEFÜRCHTET NEGATIVE AUSWIRKUNGEN AUF EINWANDERUNG AUS DER UdSSR

Jerusalem (HM) — Die Möglichkeit, dass die Kündigung des amerikanisch-sowjetischen Handelsabkommen seitens Moskau negative Auswirkungen auf die Einwanderung aus der Sowjetunion nach Israel haben werde, erwähnte gestern in der Knesset Informationsminister Aharon Jariw in Beantwortung des Kampfes um die freie Einwanderung sowjetischer Juden nach Israel seien daher, erfahrungsmäss, das Gebot der Stunde.

Vorher hatte Jariw zu einem Tagesordnungsantrag über das Schicksal der Juden in Syrien Stellung genommen. Der starke internationale Druck auf die Regierung in Damaskus, habe vorläufig nur sehr schwache Ergebnisse gezeitigt, sagte der Minister, indem er betonte, dass die fortschritliche Welt ihre Bemühungen um die Erlösung der unterdrückten 4 500 Juden der syrischen Ghetti, hoffentlich fortsetzen werde.

„Woche fuer Syriens Judenheit" fuehrt Protestaktionen weiter

Die Ereignisse innerhalb der „Woche für die Judenheit Syriens" dauerter auch gestern an In den meisten Fällen sind es die Jugendlichen, weitgehend die Studenten und Oberschüler, die hier Versammlungen, Demonstrationen und Protestaktionen durchführen, um die Oeffentlichkeit und damit auch die öffentliche Meinung der freien Welt auf die schreckliche Lage der Juden in Syrien aufmerksam zu machen. Die Protagonisten dieser Veranstaltungen sind der festen Ueberzeugung, dass sie auf diese Weise imstande sein werden, den Juden in Syrien zu helfen.

Zur gleichen Zeit wie in Israel führen auch in Westeuropa und in den Vereinigten Staaten Studentenverbände und Jugendorganisationen Aktionen für die Rettung der Juden Syriens durch. Sie verteilen Flugblätter, marschieren mit Plakaten auf und versuchen die öffentliche Meinung zu beeinflussen.

Konsumenten-Index im Dezember um 8,1 Prozent gestiegen

Jerusalem (HM) — Im Dezember 1974 stieg der Konsumenten-Preisindex um 8,1 Prozent, oder 21,1 Punkte von 260,8 auf 281,9 Punkte.

Diese beträchtliche Steigerung ist auf die IL-Abwertung und die Subsidienkürzungen zurückzuführen. Obst und Gemüse ausgeklammert, stieg der Index im Dezember ebenfalls um 8,2 Prozent.

Die durchschnittliche Verteuerung der Lebensmitelpreise belief sich auf 9,8 Prozent, nachdem die Lebensmittel bereits im Oktober und November um 24,9 Prozent im Preis gestiegen waren.

Brot verteuerte sich um 15,4 Prozent nach einer vorherigen Verteuerungen von 48,5 Prozent im November, Mehl um 17,4 Prozent (im November um 53,2 Prozent), Teigwaren um 13 Prozent (November: 20,3 Prozent), Milch um 14,2 Prozent (November: 39,6), Butter um 15,5 Prozent (November: 44,3 Prozent), Molkereiprodukte 15,8 Prozent (November: 46,9 Prozent), Käse 11,3 Prozent (48 Prozent), Eier 12,6 Prozent (33,8 Prozent), Gefrierfleisch 5,5 Prozent (12,2 Prozent), frisches Fleisch um 1,7 Prozent, Geflügel um 5,1 Prozent, Karpfen um 13 Prozent (November: 35 Prozent).

Diese Berechnung, die die Vertretung der Lebensmittel nach der Abwertung zwischen dem Monat November und Dezember aufteilt, geht darauf zurück, dass bei der Veröffentlichung der Lebenshaltungskosten im November, am 15. Dezember, die erste Monatshälfte Dezember nicht berücksichtigt wurde, bezw. dass die Indexberechnung jeweils um einige Wochen den Preisverschiebungen nachhinkt.

Keine Erörterung in Israel über Capuccis Freilassung

(m. bl.) Keine Stelle in Israel hat bisher auch nur das geringste unternommen, um sich mit der Möglichkeit einer Freilassung und Ausweisung des griechisch-katholischen Erzbischof für das Westufergebiet, Hilarion Capucci, zu beschäftigen— wurde gestern aus im allgemeinen gut informierten Quellen in Jerusalem und in Tel Aviv bekannt. Auch das Kabinett hat sich bisher geweigert, die verschiedenartigen Anträge und Petitionen, die ihm in dieser Angelegenheit auch seitens der Kirche Capuccis, vorliegen, zu erörtern.

Immer aufs neue versuchen arabische Kreise in den westlichen Ländern, aber auch religiöse Instanzen der Mohammedaner und der Christen im Nahen Osten und in Nordafrika die Frage der Freilassung der Erzbischofs aufs Tapet zu bringen. Auch jetzt wurde sie wieder in Damaskus aktuell, nachdem vor wenigen Tagen libanesische Tageszeitungen darüber Spekulationen angestellt hatten. Aber auch die gesamte katholische Kirche in all ihren Sparten und Sekten, tut alles, was in ihren Kräften steht, um einerseits Druck auf den Staat Israel auszuüben u. andererseits eine Mitleidscampagne für den in Haft befindlichen Kirchenmann in Gang zu setzen:

Wie aus der israelischen Regierung sehr nahestehenden Kreisen zu erfahren ist hat Israel keineswegs die Absicht sich mit dem Gesamtkomplex einer Ausweisung, also einer Freilassung des wegen eindeutiger Terrortätigkeit verurteilten Erzbischofs, auch nur zu beschäftigen, solange der Vatikan, solange die zuständigen offiziellen Stellen der katholischen Kirche nicht eine eindeutige Erklärung veröffentlichen werden, in welcher offen und klar zugegeben wird. dass der Bischof gefehlt hat, dass er in gegen den Staat Israel gerichtete militärische und politische Aktionen verwickelt war, eine Tatsache, die ihm als Kirchenfürsten nicht anstand. Erfolgt diese Erklärung, kann über weitere Schritte gesprochen werden. Ohne eine solche Mitteilung ist jede Erörterung illusorisch.

EMPFANG IN TEL AVIV FUER PARLAMENTARIER AUS BERLIN

MdB Jürgen Wohlrabe, Sprecher der Berliner CDU-Bundestagsabgeordneten und zweiter Vorsitzender der Deutsch-Israelischen Parlamentariergruppe, Peter Lorenz, Vizepräsident des Berliner Abgeordnetenhaus und Erster Landesvorsitzender der CDU Berlin und die CDU-Abgeordneten Dr. L. Berger und Hans Joachim Böhm waren gestern die Ehrengäste eines Empfanges, den die „Vereinigung ehemaliger Berliner in Israel" für sie im Deutschen Kulturzentrum in Tel Aviv gab. Wohlrabe ist in Israel bekannt und hat sich bereits des öfteren in ganz spezifischen Angelegenheiten für israelische Belange eingesetzt.

Der Vorsitzende der Vereinigung ehemaliger Berliner, Dr. M. Flesch, sowie Vertreter der Gäste nahmen bei der Veranstaltung das Wort. Anwesend waren auch Persönlichkeiten des öffentlichen Lebens, Vertreter von Parteien, Repräsentanten der Presse, sowie solche der Botschaft der Bundesrepublik Deutschland in Israel.

Am späteren Abend waren die Parlamentarier Gäste des geschäftsführenden Diplomaten der deutschen Botschaft, Botschaftsrat Rückriegel.

Die Gäste werden im Lande eine Reihe von Besprechungen führen und sich über die augenblickliche Situation des Staates Israel informieren.

Israel-USA 1:0 (0:0)

(acl) Auch in ihrem zweiten Spiel besiegte die israelische Fussball-Nationalmannschaft die Olympia-Auswahl der USA. Vor 3.000 Zuschauern in Bet Schean erzielte Eli Lewenthal in der 69. Minute das einzige Tor der Partie.

Die israelische Mannschaft enttäuschte insgesamt, während das USA-Team unter der Leitung des neuen Trainers des Europa-Cup Siegers Bayern — München, Dettmar Cramer, sich deutlich verbessert zeigte.

Der Verband der Reiseagenten durfte die Urkunden, die ihnen vom Staatspräsidenten übergeben werden sollten, nicht ablehnen. Daher war ihr internes Gericht gegen Kopel-Tours, die diese Urkunde angenommen hatten, illegal und muss für null und nichtig erklärt werden, heisst es in einem Urteil des Tel Aviver Bezirksgerichtes, auf Antrag von Kopel-Tours.

KOLLEKTIVVERTRÄGE IN DER INDUSTRIE UNTERZEICHNET

Die Histadrut und der Industriellenverband unterzeichneten gestern die neuen Verträge über die Zahlung der Teuerungszulage für das Jahr 1975. Im letzten Augenblick wäre beinahe die Unterzeichnung der neuen Verträge unterblieben, da es Debatten über die Auslegung des Begriffes „Notwendigkeit der Produktionssteigerung" gab. Letzten Endes konnten die Verträge unterschrieben werden.

ANSTIEG DER ZITRUSFRÜCHTEAUSFUHR

Die Ausfuhr von Zitrusfrüchten wird von den zuständigen Stellen in Israel in dieser Saison, die jetzt im Gange ist, mit insgesamt 150 Millionen Dollar berechnetrigegenüber 120 Millionen Dollar in der Saison der Vorjahres. Dabei muss festgestellt werden, dass entgegen den erheblichen Preissteigerungen in allen anderen Branchen, die Zitrusfrüchte auf den Märkten in Europa kaum echte Erhöhungen erzielt haben und etwa dieselben Preise wie im Vorjahre gezahlt werden — wenn auch richtig ist, dass diese Preise damals für recht günstig gehalten werden konnten.

Knesset erörtert Liberalisierung der Abtreibungsvorschriften

Jerusalem (HM) — Zwei Tagesordnungsanträge die bezwecken, Abtreibungen zu erleichtern, bezw. zu legalisieren, wurden gestern nach einer stürmischen Debatte an den Ausschuss für öffentliche Dienstleistungen weitergeleitet.

Die beiden Anträge waren von Gruppen eingebracht worden, hinter denen einerseits Chaviv Schimoni vom Maarach, andererseits Marscha Friedmann von den Bürgerrechtlern, standen.

Den bestehenden Vorschriften nach dürfen Schwangerschaftsunterbrechungen nur dann vorgenommen werden, wenn Leben oder Gesundheit der angehenden Mutter gefährdet sind. De facto werden Aborte auch bei ausserehelichen, oder ansonsten unerwünschten Schwangerschaften illegal durchgeführt.

Ein vom Gesundheitsminister, Viktor Schemtov, eingesetzter ad hoc Ausschuss empfahl, Schwangerschaftsunterbrechungen auch dann zu ermöglichen, wenn die seelische, oder geistige Gesundheit des Kindes gefährdet sind, die Frau das gesetzliche Heiratsalter nicht erreicht hat, oder ihr 45. Lebensjahr überschritten hat.

Gesundheitsminister Schemtov, der namens der Regierung die Anträge beantwortete, bekannte sich zu der von MdK Schimoni geäusserten Liberalisierungs-Politik. MdK Marscha Friedmann bestand hingegen auf dem unbestreitbaren Recht jeder schwangeren Frau, ihre Schwangerschaft innerhalb der ersten drei Monate nach eigenem Gutdünken unterbrechen zu dürfen.

Die religiösen Parteien legten ihr nachdrückliches Veto ein, in dem sie darauf bestanden, dass jede Abtreibung mit Mord gleichwertig sei. Nach einer stürmischen Debatte, in deren Verlauf die RNP und die Thora-Front als Verzögerungstaktik unendlich lange Reden hielten, was in anderen Parlamenten als „Filibustering" bekannt ist, wurden beide Anträge mit Stimmenmehrheit an den zuständigen Ausschuss verwiesen. Bei der Abstimmung hatten auch die nicht religiösen Parteien ihren Abgeordneten Gewissenfreiheit eingeräumt.

Ein in Holland ansässiger Israeli wurde gestern gegen eine Kaution von IL 50 000 in Freiheit gesetzt, aber die Ausreise wurde ihm gesperrt, da er bei einem Besuch im Lande LSD-Platten mitgebracht haben soll. Bis zum Prozess wird er in Israel zu bleiben haben.

DAS WETTER

Teilweise bewölkt, lokale Regenfälle im Norden und Zentrum des Landes möglich.

Temperaturen: Jerusalem 4—11, Tel Aviv 7—16, Haifa 9—16, Golan Höhen 4—10, Tiberias 7—16, Naharia 9—16, Lod 5—17, Beer Schewa 5—16, Ejlat 8—19 und Westsinai 7—17 Grad.

תל־אביב–יפו
TEL-AVIV - JAFO
P. P. — שולם
139

aus Israels PRESSE

KRITIK AM ETAT

Haarez übt im Leitartikel scharfe Kritik am Etat und meint, dass das jetzt angenommene Budget der neuen Wirtschaftspolitik *der Regierung* das Ende bedeuten wird. Ein Etat mit einem Defizit von fünf bis sechs Milliarden IL muss alle wirtschaftspolitischen Bemühungen *gefährden. Die Regierung* kann die Ausschreibung neuer Steuern beschliessen, ob sie sie wirklich einkassieren kann, ist eine ganz andere Frage. Wenn die erwarteten Steuern nicht eingehen, dann werden sich wieder die inflationistischen Einflüsse bemerkbar machen. Wenn die Regierung Vorteile durch eine Abwertung zu erreichen versuchte, so wird sie das Experiment in absehbarer Zeit wiederholen müssen. Der Finanzminister muss eine erneute Debatte über das Budget verlangen und es auf seine frühere Masse zurückschrauben. Das Wichtigste, Begrenzung des De*fizits auf nicht mehr als 1,5* Milliarden IL, die noch erträglich sind. Man soll sich nicht der Illusion hingeben, dass man zusätzliche Einnahmen beschaffen kann, die gar nicht aufzubringen sind.

DIE BESPRECHUNGEN ALLONS

Dawar nimmt zu den Besprechungen Allons in Washington Stellung. Offensichtlich wollen die Amerikaner die diplomatischen Bemühungen in Ägypten intensivieren. Daraufhin deutet die eilige Beorderung des amerikanischen Botschafters in Kairo nach Washington hin. Die Amerikaner wollen Druck auf Israel ausüben. Davon zeugt auch die Bemerkung des Präsidenten Ford, dsas „die Kriegsgefahr im Nahen Osten mit jedem Tag der Stagnation zunimmt". Dawar würdigt die Erklärung des Präsidenten Ford in seinem Interview in der „Time". Nach Meinung des Blattes ist es das Interesse beider Länder, einen Zustand zu vermeiden, in dem Israel auf eine amerikanische Garantie angewiesen ist. Wenn Israel amerikanische Militärhilfe in ausreichendem Masse bekommt, dann wird praktische Benützung einer amerikanischen Garantie nicht erforder*lich sein. Diese Einstellung* Israels muss den Amerikanern deutlich gemacht werden.

Al Hamischmar sieht es als bedeutungsvoll an, dass Allon ausser zu Dr. Kissinger auch zum Präsidenten Ford geladen wurde. Es ist schwer zu verstehen, wie der von den Amerikaners erstrebte Fortschritt erzielt werden kann. Da Ägypten bisher auf die früheren Vorschläge Israels nicht geantwortet hat. Bekanntlich hat Israel einen weiteren Rückzug auf der Sinai-Halbinsel angeboten, wenn es auch keine genaue Karte mit Linien gezeichnet hat. Israel hat klargemacht, dass das Ausmass des Rückzuges von Verhandlungen und einem politischen Entgegenkommen Ägyptens abhängt. Jerusalem hat des öfteren festgestellt, dass keine amerikanische Garantie eine gerechte Regelung ersetzen kann, die auf Rückgabe besetzter Gebiete und auf Gewährleistung des Sicherheit Israels beruht. Garantien können nur eine Ergänzung zu einem Abkommen sein, dass unter den Beteiligten erzielt werden muss.

KRITIK AN Dr. WALDHEIM

Hazofe zitiert die Äusserung des UN-Generalsekretärs Dr. Waldheim, der auf seiner Pressekonferenz in New York u. a. erklärt hatte, dass man möglicherweise die *UN*-Friedenstruppen im Nahen Osten entfernen müsse. Es scheint so, dass Dr. Waldheim den Spuren seines Vorgängers. U-Tant folgen will, der vor den Drohungen Nassers zurückschreckte, die UN-Truppe zurückzog und damit den Weg zum Sechstagekrieg bahnte. Anders ist schwer zu verstehen, warum Dr. Waldheim es für richtig hielt, mit der „Warnung" aufzutreten, dass die UN-Truppe zurückgezogen werden soll. Nach Meinung des Hazofe hat die Erklärung Dr. Waldheims nicht zur Stärkung der Stabilität im Nahen Osten beigetragen, sie wird vielmehr den Radikalismus bei den Ägyptern verschärfen und sie zu neuen Forderungen veranlassen.

DIE CHERUTTAGUNG

Jerusalem Post sieht in den diversen Äusserungen am Cherut Kongress deutliche Anzeichen für ein Zusammenrücken der Parteien im Lande. Dies ist zweifellos auf die Unnachgiebigkeit der Araber zurückzuführen. Selbst Menachem Begin gibt sich gemässigter, wenn auch sein Plan *einer dreijährigen* absoluten Waffenruhe den grossen Nachteil hat, dass ihn überhaupt kein Araber unterstützen wird.

Zum Ort der Tagungseröffnung, Hebron, meint die Zeitung, dass die Cherut-Konferenz keineswegs den zukünftigen Status der Stadt präjudiziert hat. Wenn diese Tagung von den verantwortlichen Behörden bewilligt worden ist, dann ist nicht einzusehen, warum an ihr nicht auch der Staatspräsident teilnehmen sollte. Die Tagung insgesamt hat bewiesen, dass auf lange Sicht gesehen die Beziehungen zwischen Arabern und Israel wichtiger und schwieriger sind als irgendwelche Grenzen.

Debatte ueber Rechnungen der Elektrizitaetsgesellschaft

Die Abgeordneten Schachal und Efrat haben soeben Interpellationen an den Handels- und Industrieminister Barlev eingereicht, Anträge, die sich mit der Israelischen „Elektrizitätsgesellschaft befassen. Die Gesellschaft ist deshalb Angelegenheit Barlevs, da er zugleich als Entwicklungsminister fungiert.

Schachal trat hier als Repräsentant des Israelischen Konsumentenrates auf. Beide bemängelten die Rechnungen der Firma und meinten, es habe keine echte Lesung des Stromzählers bei zahlreichen Wohnungsbesitzern stattgefunden, da bei einer Schätzung, wie sie in solchen Fällen vorgenommen wird, die Gesellschaft die Periode vor der Preiserhöhung einer Kilowattstunde niedrig einsetzen und dann im Monat nach der Preiserhöhung, bei der Abrundung des Verbrauchs bis zum richtigen Stand bereits den erhöhten Tarif kassieren kann. Allerdings gab der Konsumentenrat die Zeit als Dezember und Januar an und behauptete, dass seit Beginn des Jahres 1975 neue Tarife in Kraft sind. Dies stimmt mit der Wirk*lichkeit nicht überein.* Die neuen Tarife traten am 14. November 1974 in Kraft.

Empört wies der Sprecher der *Elektrizitätsgesellschaft* die Anschuldigungen der Abgeordneten zurück. Er dementierte entschieden, dass irgendwelche Versuche gemacht worden seien, die Rechnungen künstlich dann zu steigern, wenn der erhöhte Tarif in Kraft tritt. Er bezeichnete es als unerhöht, dass einer so verdienten öffentlichen Firma, wie der Elektrizitätsgesellschaft vorgeworfen werden kann, sie habe ihre Angestellten angewiesen, Manipulationen vorzunehmen. Er sagte, es komme vor, dass die *Zähler* nicht abgelesen werden. Dann führt ein Computer die Schätzungen durch. Hier liege also keinerlei Absicht nach irgendeiner Seite hin vor. Als bedauerlich bezeichneten Konsumenten danach die nicht zu leugnende Tatsache, dass der Computer aus reinem Zufall vor der Tariferhöhung niedrige und danach hohe Rechnungen verteilte und das bei einer nicht geringen Zahl von Fällen.

Der 100.000. Einwanderer aus UdSSR

Der hunderttausendste Oleh aus der Sowjetunion ist in diesen Tagen in Israel *eingetroffen.* Daraus wurde weder eine Zeremonie gemacht, noch versuchte man, vorher festzustellen, wer das sein wird. In den letzten drei *Jahren sind* aus Russland insgesamt achtzigtausend Juden nach Israel gekommen. die Zahl von hunderttausend datiert vom Tage der Beendigung des Sechstage-Krieges an. Von dieser Alija sind bisher insgesamt vier Prozent wieder abgewandert, um mindestern zwei Prozent weniger als bei allen anderen Einwanderungswellen im Lande.

»Deutsche Bank« kauft Daimler Benz-Aktienmehrheit

Für zwei Milliarden D-Mark erwarb die grösste deutsche Handelsbank, „Deutsche Bank", Aktien der Autowerke Daimler-Benz .Diese Aktien hatten bisher der Firma Friedrich Flick gehört, und sie stellen insgesamt 29 Prozent des gesamten Aktienbestandes von Daimler-Benz dar.

Die Deutsche Bank hatte bereits vorher 27 Prozent aller Aktien der bekannten Autofirma besessen und ist damit nun im Besitz von 56 Prozent der Aktien. Solange sie die Aktien nicht weitergibt, ist es also ausgeschlossen, dass irgendeine an... Firma, ein Staat oder eine ...vatperson die Kontrolle ... Daimler-Benz erlange.

Erst kürzlich hat die h... schende Familie des Oelfür... tums Kuweit Aktien von D... ler-Benz erworben und da... war grosse Aufregung in westlicher Oeffentlichkeit standen. Daraufhin wurden i... *all im Westen Besprechunger* rüber geführt, wie man we... Uebernahmen von Aktien später vielleicht bedeutsa... Firmen durch arabische Oel... ten verhindern könne.

Die Regierung in Bonn ... ganz eindeutig zu, dass sie erfreut und erleichtert sei, n... dem der Erwerb der 29 Pro... Aktien von Daimler Benz d... die Deutsche Bank bekannt worden war. Ein Sprecher s... dass diese Lösung durchau... begrüssen sei.

Kanzler Schmidt hatte ... Dezember erklärt, es sei ni... dagegen ein ... zuwenden, w... die Araber im Westen inve... *ren, aber jedenfalls gehe es* n... an, dass sie mit ihrem Ka... die lebenswichtige Industrie ... Bundesrepublik Deutschland ... ternwandern. Seitdem wur... Mittel und Wege gesucht, ... im Angebot befindliche Ant... in die richtigen Hände zu b... gen.

Wirtschaftslage und Abwanderung

Obwohl die offiziellen Ziffern noch nicht zur Verfügung stehen, rechnen die zuständigen Behörden in Israel damit, dass im *vergangenen Jahre 1974* nicht, wie eigentlich in den letzten zehn Jahren ziemlich ständig, sechs bis achttausend Menschen ausgewandert sind, sondern man nimmt die *Zahl* mit zehn bis zwölftausend an wie ein Sprecher der Jewisch Agency andeutete.

Wenn im letzten Jahrzehnt insgesamt rund siebzigtausend Auswanderer der fast einer halben Million Einwanderer gegenüberstehen, so ist das Verhältnis der Ein— zur Auswanderung im Jahre 1974 schlechter gewesen, etwa elf zu vierunddreissig. Experten begründen diese Erscheinung mit den allge*meinen Wirtschaftsschwierigkei*ten, wobei allerdings die depressive Stimmung der Bevölkerung eine grosse Rolle gespielt hatte. Sie weisen jetzt darauf hin, dass die Wirtschaftslage seit der Abwertung und der neuen Wirtschaftspolitik der Regirung noch weitaus schechter sein dürfte.

WAR DER STAATSPRAESIDENT IN HEBRON IM AUSLAND?

(m.bl) Der Präsident des Staates Israel darf dem G...setz nach nur dann die Grenzen des Staates Israel verla...sen, wenn er dazu die Genehmigung des Kabinetts besitz... Prof. Katzir fuhr nach Hebron, um an der Eröffnung d... Landestagung der Cherut teilzunehmen. Er besass daf... nicht die Genehmigung der Regierung. Ist jedoch der Pr...sident abwesend, wird er vom Vorsitzenden der Kness... vertreten. Dieser befand sich an demselben Abend ebe...falls in Hebron. Juristen erklärten— auch Oberrichte... des Staates— dass sich Prof. Katzir unzweifelhaft an de... betreffenden Abend im Ausland befunden habe, da Hebro... nicht zum Staate Israel gehört. Welche Konsequenzen ih... Urteil auch für die ganze Landestagung hat, kommentiert bisher niemand. Findige Berichterstatter allerdings suchte... sich eine recht einfache Lösung: das Wörterbuch Eve... Schuschan umreisst den Begriff Ausland so: alles Gebie... *das ausserhalb Eretz Israels, des Landes Israel, liegt.* Un...schliesslich ist ja Hebron innerhalb des Territoriums vo... Eretz Israel gelegen, oder nicht? Klug, nicht wahr?

Investitionen im vergangenen Jahre stark zurueckgegangen

***Ein für Investitionen in Israel* katastrophales Jahr, ist zuende gegangen.** Das statistische Amt des Staates Israel berichtet soeben, dass in diesem Jahre aus dem Ausland in Israel nur insgesamt **sechsunddreissig Millonen Dollar** investiert worden sind, gegenüber **einhundertundfünfzig Millionen Dollar** im Jahre vorher. Auch die Einnahmen aus der Touristik sanken von fast zweihundert Millionen Dollar im Jahre vorher auf knapp einhundertundfünfzig Millionen im letzten Jahre D.ie allgemeine Situation im Nahen Osten einerseits, aber auch die starke Rezession in *der ganzen Welt haben zu die*sem erheblichen Rückgang der *Investitionen in Israel geführt.*

Dagegen sind die Spenden und die Bondsverkäufe, vor allem in den Vereinnigten Staaten, noch einigermassen vor sich gegangen, wenn auch bereits hier ebenfalls ein Rückgang zu verzeichnen war. Jetzt erst, in den letzten Wochen, wird dieser Rückgang ernsthaft spürbar.

Dies erlegt dem Israeli selbst die Verpflichtung auf, noch mehr an Abgaben zu zahlen, *um das Staatsbudget nicht zu ge*fährden. In diesem Zusammenhang hat ja auch der Finanzminister bereits Steuerreformen angekündigt, die letztlich nur auf eine Erhöhung der Abgaben des einzelnen Bürgers herauslaufen werden. Dagegen wird wohl die Einführung der Mehrwertsteuer wieder verschoben werden müssen, da die administrativen Vorbereitungen noch immer nicht fertig gevorden sind.

Fuenfzehntausend Weihnachtspilger weilten in Israel

Nicht weniger als fünfzehntausend christliche Weihnachts*pilger weilten zwischen Ende* Dezember und Anfang Januar in diesem Winter in Israel, nahmen an den Gottesdiensten *in Bethlehem und Nazareth teil* und bereisten das ganze Land. Es war dies die grösste Zahl von Pilgern, die jemals in dieser Epoche verzeichnet werden konnte. Bemerkenswert ist in diesem Zusammenhang, dass es kaum einen Rückgang der Reisetätigkeit der christlichen Pilger gegeben hat, nachdem es zu dem Terrorüberfall auf einen amerikanisch - protestantischen Touristenbus gekommen war, wobei ein junges Mädchen Verletzungen erlitt.

In diesem Jahre lobten alle Pilger, ohne jede Ausnahme, die ausgezeichneten Vorbereitungen einerseits und die touristischen Erleichterungen andererseits, so wie sie von den israelischen Behörden vorbereitet worden waren.

Bisher ist die Touristik im Januar allerdings ausserordentlich schwach gewesen, dies aber entspricht der allgemeinen, alljährlichen Tendenz. Dennoch gibt es zur Zeit eine ganze Reihe von Reisegruppen, hauptsächlich aus der Bundesrepublik Deutschland im Lande.

1975 soll ein Jahr ohne Streiks werden

Das Jahr 1975 für ein Jahr ohne jeden Streik für Israel zu erklären, verlangten die Arbeitnehmerverbände des Landes in einer von ihnen allen gemeinsam veröffentlichten Erklärung.

Sie machten darauf aufmerksam, dass es schliesslich nichtschwierig sei, darauf hinzuweisen, dass sich Israel in einer Notsituation befinde, die Streiks ganz einfach auszuschliessen hat. Trotz dieser Forderung, die zur Zeit von der Histadrut in ihrer Gewerkschaftsabteilung ebenso beraten wird, wie die Regierung über geeignete Massnahmen berät, um Streiks unwirksam zu machen, gab es bereits auch im neuen Jahre den ersten Streik, als die Fluglotsen einen Tag hindurch die Arbeit unterbrachen, und das unmittelbar nach dem Streik der Techniker von El Al, der schliesslich eine Woche hindurch den Gesamtverkehr der israelischen Luftfahrtsgesellschaft lahmgelegt hatte, da die Regierung die Aussperrung beschloss. Hier jedoch brachte die Flughafenleitung bereits pensionierte Lotsen und solche, die zur Zeit woanders tätig sind, herbei und der *Flugverkehr ging fast ungestört* vor sich, worauf die Lotsen sich entschlossen, zur Arbeit zurückzukehren.

Es ist zur Zeit damit zu rechnen, dass die Behörden es nicht zulassen werden, wenn lebenswichtige Dienste bestreikt werden. Da das nunmehr auch den Arbeitnehmern ziemlich unmissverständlich klargemacht worden ist, darf wohl damit gerechnet werden, dass in diesem neuen Jahre die Zahl der Streik abnehmen wird, auch jener, die von der Histadrut garnicht genehmigt waren, wie etwa beiden soeben genannten Arbeitsunterbrechungen.Dazu kommt, dass die stark anziehenden Preise den israelischen Arbeitnehmer dazu zwingen dürften, jede Form von Abenteuer zu unterlassen. Zwar *ist bisher keine Arbeitslosigkeit* zu bemerken und die zehntausende arabischen Arbeiter kommen nach wie vor täglich über die frühere Grenze nach Israel, um zu arbeiten, aber die Drohung, dass diese Vollbeschäftigung täglich zuendegehen könnte, wirkt sich zweifelsohne aus.

AN UNSERE POSTABONNENTEN IN DEN KIBBUZIM UND MOSCHAVOT,

die unsere Zeitung per Post erhalten und noch nicht die Abonnementgebühren für die Monate JANUAR und FEBRUAR 1975 an uns überwiesen haben, werden höflichst ersucht, uns umgehend den Betrag von

IL. 76.00

zu überweisen, damit die Lieferung der Zeitung auch nach dem 20.1.75. zugesichert bleibt.

ISRAEL NACHRICHTEN
CHADSCHOT ISRAEL
Vertriebsabteilung

Grundgesetz kann formuliert werden

Von DAWACH

Nach der Überzeugung von Justizminister Chaim Zadok wäre es jetzt durchaus möglich, das Grundgesetz für den Staat Israel zu formulieren, in dem die Vollmachten der Verwaltungsorgane und die Rechte des Staatsbürgers genauestens umrissen sind.

Die Voraussetzungen sind gegeben, weil wir in einer Periode beweglicher Gesetzgebung leben. Im allgemeinen kann der Staatsbürger seine Grundrechte durchaus im Rahmen der gewöhnlichen Verwaltungsanordnungen erlangen, ohne dass alle konstitutionellen Vollmachten neu abgegrenzt werden müssen. Aber in vielen Grenzfällen ergibt sich die Notwendigkeit der Berufung auf ein Grundgesetz, das als



übergeordnete Rechtsnorm gilt: Es fehlt letztlich ein gesetzlicher Rahmen für eine solche Berufung auf die Grundrechte, die damals in administrativen Anweisungen festgelegt sein können.

Eine Ausnahme gilt jedoch auch für den Justizminister: Das ganze religiöse Problem muss aus diesem Grundgesetz ausgeklammert bleiben. Sollte auch dieses Gebiet einbegriffen werden, würde sich die Arbeit des Gesetzgebers erheblich komplizieren und hinauszögern.

Einstweilen schlägt der Justizminister vor, dass das Oberste Gericht zugleich Verfassungsgericht sein soll. Drei Richter könnten dann über einen Einspruch gegen ein von der Knesset verabschiedetes Gesetz urteilen. Allerdings wäre ein solcher Einspruch vorerst nur darauf zu begründen, dass ein Gesetz keine echte parlamentarische Mehrheit bei der Verabschiedung erhalten hat, dass also nicht wirklich 61 Knessetabgeordnete für dieses Gesetz gestimmt haben. Dieser Vorschlag liegt jetzt der Rechtsgebungskommission zur Beratung vor.

STREIK IST EIN KOLLEKTIV-RECHT

Im Rahmen der Bemühungen um die Unterbindung von „wilden Streiks" hat der Knessetabgeordnete Jehuda Schaari von den Unabhängigen Liberalen erneut seinen Gesetzesvorschlag unterbreitet. Für ihn gilt der Grundsatz: **Streik ist kein Individualrecht,** sondern ein Kampfmittel, über dessen Anwendung nur eine Kollektivgruppe von Arbeitnehmern auf dem Wege einer Mehrheitsabstimmung entscheiden kann. Daher fordert MdK Schaari feste Organisations- und Verhandlungsnormen zur Schlichtung von Arbeitskonflikten in den lebenswichtigen Betrieben des Landes.

Mit einer Grundsatzentscheidung in diesem Sinne endete bereits der Streik der Hafenarbeiter von Haifa. Keine Arbeitergruppe hat das Recht, einen selbständigen Arbeiterrat ohne Zustimmung seiner Gewerkschaft, also der Histadrut, zu bilden, entschied das Bezirksarbeitsgericht Haifa. Aus diesem Grunde konnten die 94 Anlegearbeiter nicht unter Missachtung der Entscheidung des Arbeiterausschusses von Haifa aus dem Hafenarbeiterverband zum Seemannsverband überwechseln.

LEHRER WOLLEN NICHT RECHTLOS SEIN

MdK Schalom Lewin fordert nochmalige Beratung für seinen Vorschlag zur Festlegung der Rechtsmittel, die einem Lehrer zur Verteidigung gegen störende Schüler zur Verfügung stehen.

Veranlassung gab die Verurteilung des Lehrers Tuwia Drori, der einen Störenfried in Selbsthilfe gezüchtigt hatte, zu einer Geldstrafe von 50 IL (ersatzweise fünf Tagen Haft). Der Direktor seiner Schule hatte daraufhin eine Protestschrift verfasst, die von Hunderten Lehrern unterschrieben wurde. Hierin wird die volle Rechtfertigung des verurteilten Lehrers gefordert.

Nunmehr fordert die Lehrergewerkschaft durch Vermittlung des Erziehungsministeriums genaue Rechtsnormen wie man sich gegen Schüler und auch gegen Eltern, die den geregelten Schulbetrieb stören, zur Wehr setzen könne.

VOLLZUGSORDNUNG FÜR ALLE URTEILE

Wenn es um die Eintreibung einer Geldforderung im Sinne eines Zivilgerichtsurteils geht, gibt es eine Reihe von Rechtsmitteln, angefangen vom Zahlungsbefehl über den Gerichtsvollzieher bis zum Offenbarungseid. Viele Urteile, die zur Gewährung von Rechten verpflichten, konnten aber bisher nicht vollzogen werden: Urteile zur Unterlassung einer Handlung, zur Gewährung eines Zusammentreffens von Kindern mit ihren geschiedenen Eltern und dergleichen.

Diese Lücke im Gesetz soll jetzt dadurch geschlossen werden, dass den Gerichten die Möglichkeit gegeben wird, den Vollzug des Urteils durch eine Zusatzstrafe zu erzwingen. Jedem, der nicht entsprechend dem Gerichtsurteil handelt, droht dann eine Gefängnisstrafe bis zu fünf Jahren oder eine Geldstrafe bis zu 100.000 IL bzw. bis zu 1.000 IL für jeden Tag, an dem er die Ausführung des Urteils unterlässt.

KEINE AUSNAHME IM GEMEINSCHAFTSHAUS

Ein Bauunternehmer kam sich in einem Haus, das von mehreren Mietern bewohnt wird, weder eine Wohneinheit noch eine andere bestimmte Fläche für **sich selbst zu Sonderbedingungen** vorbehalten. Mit dieser Grundsatzentscheidung wies das Oberste Gericht einen Einspruch gegen das Urteil der Vorinstanz ab.

Es handelte sich hierbei um ein Wohnhaus, das von 12 Mietern bewohnt wird. Nach Abschluss aller Mietverträge beanspruchte der Bauunternehmer den Platz zwischen den Säulen im Erdgeschoss als Büro für sich und wollte dieses Sonderrecht auch ins Grundbuch eintragen lassen.

ZWEI BRANCHEN OHNE RECHTSNORM

Zwei Berufszweige sollen jetzt eine gesetzliche Norm erhalten: **die Sprengstoff-Industrie und die Zierpflanzen-Erzeuger.**

Beim Sprengstoffgesetz geht es vor allem um die Verhütung von verheerenden Unfällen. Schwere Strafen hat zu erwarten, wer Sprengstoffe unter Missachtung der Sicherheitsvorschriften oder ohne behördliche Genehmigung lagert (zwei Jahre Gefängnis oder 5.000 IL Geldstrafe) und wer Sprengstoffe durch Fahrlässigkeit zur Explosion bringt (fünf Jahre Gefängnis oder 10.000 IL Geldstrafe). Die gleichen Strafen gelten für jeden, der Sprengstoffe ohne Genehmigung in seinem Besitz hat.

Bei den Zierpflanzen geht es um weniger explosive Probleme. Die bisherige Produktions- und Verkaufsgesellschaft soll nämlich in einen öffentlichen Ausschuss umgewandelt werden.

Praktisch ergibt sich hieraus eine Monopolstellung des Ausschusses, die der bisherigen Gesellschaft rechtlich nicht zukam. Allen, die bis jetzt Zierpflanzen angebaut und verkauft haben, stehen aber weiterhin alle Rechte zu, jedoch nur im Rahmen ihres bisherigen Produktionsprogramms. Wer die Mitglieder des neuen Ausschusses sein werden, bestimmen das Landwirtschafts- und das Handels-Ministerium.

KLEINER ÜBEREIFER

Das Justizministerium muss sich natürlich selber an alle Rechtsvorschriften halten, auch an die religiösen. Das Vormundschaftsamt nahm es ebenfalls genau mit diesem Grundsatz und liess **an jeder Tür eine „Mesusa"** befestigen, wie es sich für eine Regierungsbehörde ziemt. Aber dennoch musste es einen Tadel der Rabbinatskontrolleure hinnehmen: An die Tür der Toilette gehört selbstverständlich keine „Mesusa".

GESCHICHTEN AUS 1001 NACHT

In Saudi-Arabien sind für Frauen Schleier nach wie vor Gesetz, wie der Reporter der „New York Times", Seymour Topping, berichtet. Dabei gibt es jedoch in Privathäusern vornehmer Saudis zuweilen Parties, zu denen Frauen schon in Kleidern mit Decolletee erscheinen.

In Amman traf Topping nur wenige Frauen mit Schleier, aber die Königin-Mutter Zein hält nach wie vor an einem Schleier fest.

Vor einigen Monaten besichtigte die junge Königin Alia eine Modeschau, die das Pariser Modehaus Jean Patou im französischen Kulturhaus in Amman veranstaltete. Die Königin fühlte sich unbehaglich, als Mannequins mit völlig „durchsichtigen" Modellen erschienen. Äusserlich blieb sie völlig ruhig, sie gab jedoch später Anweisung, dass Modeschauen nur nach vorheriger Prüfung der Modelle veranstaltet werden dürfen.

Als der Pariser Modeschöpfer Yves Saint Laurent eine Kollektion nach Amman schickte, wollten Beamte den Inhalt und die Art der Kleider genau untersuchen. Mr. Saint Laurent lehnte jedoch empört ab, und die Kollektion wurde sofort nach Paris zurückgeschickt. Die geplante Modeschau konnte nicht stattfinden.

EIN ANDERES BILD AUS DAMASKUS

Der Reporter Seymour Topping hat auch Damaskus besucht und berichtet, dass die Strasse Haret el Yahud im alten jüdischen Viertel von Damaskus voll mit Geschäften ist, die nach seiner Darstellung florieren. Einige Händler verkaufen Vasen, die aus Hüllen israelischer 105 mm-Geschützkugeln hergestellt sind. Diese Hüllen sollen UN-Soldaten auf den Golanhöhen gefunden haben.

Amerikanische Besucher sind willkommen, aber die Ladeninhaber wollen nicht offen über die Sorgen der 3.000 Juden in der syrischen Hauptstadt sprechen. Synagogen sind offen, und es gibt auch jüdische Studenten auf der Universität von Damaskus. **Juden dürfen jedoch den Stadtbezirk von Damaskus nicht verlassen.** Letztens eingeführte Liberalisierungsmassnahmen haben keine Erleichterung der Reisebeschränkung gebracht.

Viele Juden von Damaskus haben nach der Darstellung von Topping Kinder und Verwandte in Israel aber die syrische Regierung ist entschlossen, den Juden nicht die Möglichkeit zur Ausreise zu geben.

Syrer, Beamte und Zivilisten, die man in der Nähe des Judenviertels trifft, behaupten, dass die Juden nicht misshandelt werden. **Das bekannteste Geschäft für Männerkleidung in Damaskus gehört einem Juden.** Topping erzählt, dass Saber Falhout, der Chefredakteur der führenden Zeitung „Al Baath" ihm sagte: „Mein Anzug stammt aus diesem Geschäft". Der Anzug machte nach der Meinung von Topping einen ausgezeichneten Eindruck.

DER SPIEGEL: ISRAEL ZAHLT ÄGYPTEN FUER ABU RODES

Das deutsche Nachrichtenmagazin „Der Spiegel" widmet sich in seiner neuesten Ausgabe ausführlich der Oelsuche in Israel. Unter dem Titel „Geld und Geduld" wird besonders die deutsche Mitfinanzierung der Oelsuche betont.

Ferner soll Israel, laut „Spiegel", für das Oel aus den Feldern von Abu Rodes „bisher stillschweigend regelmässig an Aegypten" bezahlt haben. Die Gelder werden der Meldung zufolge auf Schweizer Bankkonten des italienischen staatlichen Energiekonzerns ENI überwiesen, da dieser vor der Eroberung des Sinais durch Zahal zusammen mit dem ägyptischen Staat Abu Rodes ausgebeutet hatte. Die Italiener wiederum heben das Geld in der Schweiz ab und leiten es nach Kairo weiter.

RECHT im ALLTAG
Entscheidungen des Obersten Gerichtes

SCHEIDUNG, EIGENTUM und PFANDRECHT

FRAGE: Nachdem das Hohe Rabbinatsgericht dem Gatten einer geisteskranken Frau es erlaubt hat, ein zweites Mal zu heiraten, besteht auch weiterhin die Verpflichtung des Gatten, die Aufenthaltskosten in der Pflegeanstalt für seine erste Frau zu bezahlen ?

ANTWORT: Ja, denn in der Wiederverheiratungserlaubnis d. Rabbinatsgerichtes wurde es ausdrücklich vermerkt, dass der antragstellende Gatte für seine erste Frau auch weiterhin zu sorgen verpflichtet bleibt. Uebrigens erfolgt aus dem Entschluss des Antragsstellers eine zweite Frau zu heiraten, auch die Uebernahme der Verpflichtung sich anzustrengen, seine beiden Gattinnen zu erhalten.

(Zb Nr. 298/69 U Bd. 23.2.29 S. 801 ff.)

FRAGE: Das Rabbinatsgericht hat in der Scheidungsurkunde vermerkt, dass die geschiedene Gattin keinen anderen Mann heiraten darf. Kann sich die Gattin dagegen bei dem Obersten Verwaltungsgericht (BAGAZ) beschweren, mit der Begründung, dass die Scheidungsurkunde mit dem Scheidungsurteil nicht übereinstimmend ist, da im Scheidungsurteil dieses Verbot nicht enthalten ist ?

ANTWORT: Ja, erstens, weil die Scheidungsurkunde keine richterliche Entscheidung ist. Sondern sie ist bloss eine Bestätigung der Tatsache, dass die in einer bevorgehenden richterlichen Entscheidung enthaltenen Verfügungen durchgeführt wurden. Sie hat daher einen verwaltungsrechtlichen, jedoch nicht rechtsprechenden Charakter und kann auch demzufolge eine richterliche Entscheidung weder abändern, noch ergänzen.

Zweitens, selbst im Falle dass der Scheidungsurkunde ein rechtsprechender Charakter zuerkannt werden könnte, verbleibt das angefochtene Verbot noch immer rechtswidrig, denn es enthält eine wesentliche Freiheitsbeschränkung, ohne der dadurch verletzten Gattin die Gelegenheit gegeben zu haben, das ihr laut natürlicher Gerechtigkeit zustehende Verteidigungs- und Einwendungsrecht ausüben zu können.

(OVG Nr. 295/72 U. Bd. 27. 1.31 S. 568 ff.)

● ★ ●

FRAGE: Kann die Genehmigung einer Annahme an Kindesstatt abgelehnt werden, falls ein Zweifel darüber besteht, ob das Kind nicht aus ehebrecherischen oder blutschänderischen Beziehungen entsprossen ist ?

ANTWORT: Nein, denn nicht nur, dass so bei so einem Zweifel zu Gunsten des Kindes zu entscheiden wäre, aber die Berechtigung des Zweifels an sich ist mit grösster Vorsicht nachzuprüfen. Falls die Mutter des Kindes erklärt, dass sie mit dessen Vater weder ehebrecherische, noch blutschänderische Beziehungen gehabt hat, genügt dies, um jedweden Zweifel darüber zu beseitigen, dass das Kind vollberechtigter Jude ist. Dabei ist es diesbezüglich gänzlich belanglos, dass die Mutter sich geweigert hat, die Identität des Vaters des Kindes anzugeben. Es genügt, falls sie andere Einzelheiten angibt, aus denen hervorgeht, dass zur Zeit als das Kind gezeugt wurde, dessen Vater nicht verheiratet gewesen ist und auch mit der Mutter des Kindes in keiner verbotenen Blutverwandschaft steht. In einem solchen Fall ist die Annahme an Kindesstatt ohne Zustimmung des (unidentifizierten) Vaters zu genehmigen, da ja eine solche Zustimmung unter den vorhandenen Umständen praktisch nicht eingeholt werden kann.

(Zb. Nr. 29/74 U. Bd. 26.2.7 S 169 ff.)

● ★ ●

EIGENTUMSFRAGEN

Frage: Es wurde ein Kaufvertrag abgeschlossen und das gekaufte Grundstück wurde besitzlich dem Käufer übergeben. Bevor jedoch das Eigentumsrecht grundbuchamtlich auf den Namen des Käufers umgeschrieben wurde, verschenkte der Verkäufer dasselbe Grundstück seinem Sohn und dieser traf mit einem Bauunternehmen eine Vereinbarung, wonach auf diesem Grundstück ein Haus gebaut werde. Darauf verklagte der Käufer sowohl den Verkäufer, als auch dessen Sohn auf grundbuchamtliche Eintragung seines Eigentumsrechtes auf das gekaufte Grundstück. Kann der Käufer gleichzeitig die Erteilung eines richterlichen Erlasses beantragen, der für die Dauer des Rechtstreites jedwede Tätigkeit auf dem betreffenden Grundstück verbietet?

Antwort: Ja, da der Kläger seine Behauptungen urkundlich untermauert hat und ein richterlicher Schutz seiner vermutlichen Rechte den Gerechtigkeitserforderungen entspricht.

(Zb. Nr. 385/73 U. Bd. 28.1.28 S. 765 ff.)

● ★ ●

Frage: Falls mehrere Miteigentümer zu ungeteilter Hand einer in Natur unteilbaren Liegenschaft die Eigentumsgemeinschaft auflösen wollen, muss dies durch offene gerichtliche Versteigerung geschehen oder kann die Beteiligung an dieser Versteigerung auf die Miteigentümer der Liegenschaft beschränkt werden? Falls ja, in welchen Fällen ist so eine geschlossene Versteigerung anzuordnen?

Antwort: Die offene richterliche Versteigerung bildet die allgemeine Regel, da anzunehmen ist, dass bei einer offenen Versteigerung an der sich jedermann, nicht nur die Miteigentümer des Grundstückes, beteiligen kann, ein höherer Verkaufspreis erzielt werden kann, was das gemeinsame Interesse sämtlicher Miteigentümer fördert. In wohlbegründeten Sonderfällen kann jeder einzelne der Miteigentümer eine geschlossene Versteigerung beantragen. Er muss jedoch in seinem Antrag die Sondergründe anführen, deretwegen im gegebenen Fall eine auf die Miteigentümer beschränkte Beteiligung an der Versteigerung nicht nur zweckmässig, sondern auch der Gerechtigkeit entsprechend ist. Ferner hat der Antragsteller für beide Fälle dem Richter eine entsprechende Beweisführung vorzulegen.

(Zb. Nr. 190/70 U. Bd. 28.2.2. S. 44 ff.)

● ★ ●

Frage: Eine Liegenschaft wurde gerichtlich versteigert und der Käufer durch Urteil als deren neuer Eigentümer anerkannt. Nachträglich erhielt die Ehegattin des Schuldners ein gerichtliches Urteil, wodurch ihr das Eigentumsrecht auf die Hälfte der Liegenschaft auf Grund ehelicher Gütergemeinschaft zuerkannt wurde. Kann sie dieses Recht gegen den Käufer, der die Liegenschaft auf dem Wege gerichtlicher Versteigerung eigentumsrechtlich erworben hat, geltend machen?

Antwort: Nein. In diesem Falle ist der Käufer eine dritte Person, die rechtmässig vermuten durfte, dass die Liegenschaft demjenigen gehört, auf dessen Namen sie zur Zeit des Kaufes grundbuchamtlich eingetragen gewesen war. Die Gattin des Schuldners kann gegen einen solchen Erwerber des Grundstückes ihr aussergrundbuchamtliches Recht nicht geltend machen.

(Zb. Nr. 8/73 U. Bd. 27.1.21 S. 582 ff.)

● ★ ●

PFANDRECHT

Frage: A hat wegen einer Geldschuld seinem Gläubiger B einen Kraftwagen verpfändet. Dann verkaufte er den verpfändeten Wagen an C. Als später B sein Pfandrecht geltend machen wollte, widersetzte sich C dagegen, mit der Begründung, dass das Pfandrecht zu Gunsten B zur Zeit als C den Wagen käuflich erworben hat, noch nicht eingetragen war, sondern diese Eintragung bloss nachträglich, als C den Wagen bereits gekauft hatte, stattgefunden hat. Ist die Eintragung des Pfandrechtes für dessen Rechtsgültigkeit unerlässlich?

Antwort: Nein, jedoch kann ein nicht eingetragenes Pfandrecht die Rechte eines redlichen Dritten nicht beeinträchtigen. Falls B zu beweisen vermag, dass C. zur Zeit als er von A den Wagen erworben hat, über das Bestehen des Pfandrechtes zu Gunsten von B Kenntnis gehabt hat, ist das Pfandrecht auch C gegenüber wirksam, sonst aber nicht.

(Zb. Nr. 181/73 U. Bd. 26.2.7. S. 182 ff.)

Dr. E. L.

Die alten Streithaehne Chile und Peru steuern auf Kollision

Kriegsdrohungen um die Atacama-Wüste

Wie die Eröffnungsphase eines Go-Spiels muten die derzeitigen *diplomatischen Manöver* von Chile, Bolivien und Peru, mit parallelen Zügen der interessierten Aussenseiter Argentinien, Brasilien und Ecuador, an. Alle Beteiligten sind auf das Jahr 1879 fixiert, Datum des Beginns des Pazifikkrieges, in dem die „preussischen" Chilenen die Verbündeten Bolivien und Peru demütigend besiegten und die gesamte Atacam-Wüste — das heutige Nordchile — besetzten. Bolivien verlor damals seinen Zugang zum Meer, blieb mit seiner „Mediterraneidad" (Staat ohne Meer) isoliert zurück und liess sein Potential verkümmern.

Blick über die Grenzen

Aus einer Mischung von ideologischen, militärischen, geopolitischen und *diplomatischen* Facetten braut sich in diesen Monaten eine Konstellation zusammen, die einerseits Bolivien einen Korridor zum Meer verspricht, andererseits die Möglichkeit eines Krieges in der Atacama-Wüste beinhaltet.

1970, als eine „linksnationalistische Achse" Peru, Bolivien und Chile einte, schien nach fast hundertjährigem Zwist eine diplomatische Regelung in Reichweite. Doch Bolivien sprang 1971 mit dem Militärputsch des Obersten Banzer von der Achse ab; 1973 folgte auch in Santiago ein dramatischer Machtwechsel, der Chile vom „chilenischen Weg" auf eine *ultrakonservative* Position steuerten damit neuerlich auf Konfrontation.

Chiles Militärjunta, eine schroff antikommunistische Politik verfolgend, suchte die peruanische Militärregierung, deren Reformkurs aus chilenischer Perspektive „maxistische" Konturen annimmt, zu isolieren. Gegen die erfahrenen Diplomaten aus Limas Torre-Tagle-Palast, Sitz des peruanischen Aussenministeriums, hatten allerdings die hochmütigen Marineoffziere in in Santiago — ihnen wurde das chilenische Aussenministerium überlassen — keine Chance. Peru lud im Gegenzug die Präsidenten, Vizepräsidenten und Armeekommandeure aller andinischen Staaten zur 150-Jahr-Feier der Schlacht von Ayacucho, die am 9. Dezember 1824 auf dem peruanischen Altiplano geschlagen wurde und Südamerikas Un*abhängigkeit von Spanien besie*gelte. Für das Treffen hatten Unterhändler aller beteiligten Staaten die „Erklärung von Ayacucho" vorbereitet, die trotz chilenischen Querschiessens Boliviens Recht auf Zugang zum Meer erwähnte.

Dieser Satz ergrimmte Chiles Juntachef General Pinochet dermassen, dass er seine Zusage für das Präsidententreffen zurücknahm. Bolivien erntete dadurch einen doppelten Triumph: Es sah den ewigen Rivalen Chile gedemütigt und gewann darüber hinaus zur erstenmal seit 1879 die Zustimmung der anderen andinischen Staaten für den Anspruch *aufs Meer. Chile* wäre einem bolivianischen Korridor zum Meer an der Nordgrenze, zwischen Arica und Talca, nicht abgeneigt, doch Peru, immer noch das ehemalige nationale Territorium zwischen Arica und Antofagasta beanspruchend, weist diesen Kompromiss leidenschschaftlich zurück: Bolivien soll seinen Korridor nach peruanischer Rechtsinterpretation bei Antofagasta, der chilenischen Nordgrenze von 1879, holen.

Solche Differenzen entmutigen Bolivien, das trotzig ein Marineministerium unterhält, keineswegs beim Ausbau der diplomatischen Offensive *um den Korri*dor, zumal man in La Paz um die brasilianische Rückendek*kung* weiss. Brasilien will für seine Exportindustrien in Sao Paulo eine politisch sichere Strassen- und Eisenbahnverbindung zum Pazifik entwickeln, wofür ein bolivianischer Korridor unerlässlich ist. Je näher also der 100. Jahrestag des Pazifikkrieges rückt, desto prekärer wird Chiles Position.

In der allgemeinen Nervosität gedeiht ein scharfes Wettrüsten. Angefangen hatte es mit der Entscheidung der Peruaner, moderne Waffensysteme nicht mehr ausschliesslich aus den Vereinigten Staaten zu beziehen. In den letzten beiden Jahren wurden französische AMX-30-Tanks und Mirage-5-Flugzeuge eingekauft. 1974 folgte eine Bestellung von vier Dutzend russischen T-55-Panzern und einigen SAM-7-Raketen. Erstmals wurden die russischen Waffen bei der Militärparade in Lima im Juli 1974 gezeigt. Russische Beteiligung am Bau des grossen Fischereihafens Paita im nördlichen Peru besänftigt auch nicht gerade den Argwohn des Nachbarn.

Darüber hinaus besuchte der kubanische Verteidigungsminister Raul Castro Lima, und hohe peruanische Offiziere stellten sich als permanente Beobachter bei kubanischen Militärmanövern ein. Chiles Junta konterte mit massiven Waffenkäufen aus den Vereinigten Staaten, zog Reservisten ein, verlegte einige Regimenter in den Raum zwischen Antofagasta und Arica, verminte Grenzabschnitte, verkündete die Dienstpflicht für Frauen und entwickelte eine gehässige Pressepolitik gegen das „kommunistische Peru".

General Velasco Alvarado, Perus besonderer Militärpräsident, versuchte beim Ayacucho-Treffen seine bereits vor einem Jahr vorgetragene Anregung, im Andenraum alle Waffensysteme einzufrieren, wiederzubeleben, doch seine Initiative bewirkte nicht einmal die Bildung einer Expertenkommission. Zwar trafen sich vor kurzem die Kommandanten des chilenischen Arica und des peruanischen Tacna (im Pazifikkrieg von Chile erobert und erst 1929 zurückgegeben) zum „Abrazo de la Concordia" (Umarmung der Versöhnung) doch konnte diese nur für Photographen ergiebige Geste die Nervosität nicht beschwichtigen: Die militärische Konfrontation zwischen Chile und Peru, lange *Dekaden nicht* mehr als ein Hirngespinst der südamerikanischen Geopolitiker, gilt heute wieder als ernstes Risiko.

G. K.

DAS WORT HAT *der Leser*

„GEBURTSTAGSWÜNSCHE" UNSERER LESER

Ich gestatte mir Ihnen hiermit meinen herzlichsten Glückwunsch zu Ihrem Bestehen auszusprechen trotz aller Schwierigkeiten, die Sie alle so tüchtig gemeistert haben. Ich glaube sicher, dass Sie bei Ihrer schwierigen Einordnung alle an das Wort von Heinrich Mann gedacht haben: Es kommt der Tag! Nun ist ihre Zeitung wirklich gut aus der jüd. Taufe gehoben worden und sie ist mir jeden Tag *ein froher Beginn beim Früh*stück.

Susi Wallach, Tel Aviv

Erfreut, und gleichzeitig beschämt, las ich in Ihrer Zeitung vom 1.1., dass „Israel Nachrichten" ein Jahr alt sind, und dass ich nicht rechtzeitig daran gedacht hatte, Ihnen zu gratulieren. Ich lese die Zeitung von Anfang an: Ihre- unsere Zeitung hat in diesem ersten Jahr ein sehr hohes Niveau erreicht und ich kann Ihnen und uns nur herzlichst gratulieren und wünschen, dass diese Zeitung noch sehr viele Jahre in dieser Qualität trotz aller Schwierigkeiten weitergeführt wird. Was sollten wir alten Jekken denn sonst machen? Also vielen Dank und alles Gute.

Johanna Seligmann,
Tel Aviv

Ich freue mich, dass Ihre Zeitung fröhlich in die (nicht immer fröhliche) Welt blickt und aus dem *Winkel-Stadium gut* (und wie gut!) herausgekommen ist. Gestatten Sie mir, dass ich nicht nur den IN, sondern allen Mitarbeitern auch für die kommenden Jahre alles erstrebenswert Gute und Gesundheit wünsche.

Sigmund Zollschan,
Jerusalem

Zu Ihrem einjährigen Jubiläum möchte ich Ihnen hiermit meine herzlichsten Grückwünsche aussprechen. Sie haben alle während dieses Jahres enorm viel geleistet und das Blatt ist in Ausführung, Druck und Inhalt wirklich sehr gut. Ich kann das beurteilen, denn ich arbeitete während 25 Jahren bei den „Jedioth Chadashoth" und kenne auch Ihre Mitarbeiter. Daher weiss ich auch, wie schwer es für Sie alle war, eine neue Zeitung auf die Füsse zu stellen und in kurzer Zeit auf das erreichte Niveau zu bringen. Arbeiten Sie weiter so und haben Sie alle herzlichen Dank für Ihre Anstrengungen!

Walter Landau,
Tel Aviv

neues AUS DER WIEDERGUTMACHUNG

Israel erreicht Verbesserungen im deutschen Lastenausgleich

Auf Grund eines Leserbriefes von Frau Golda Jacoby in Haifa zur Frage von Mängeln im Lastenausgleich hat die Abteilung für persönliche Entschädigungen beim Finanzministerium in Deutschland interveniert und hat wichtige Verbesserungen durchsetzen können. Im folgenden geben wir die Abschrift des Briefes wieder, die der Direktor der Abteilung für persönliche Entschädigungen, J. Ortar an unsere Leserin in Haifa gerichtet hat.

Sehr geehrte Frau Jacoby.

Auf Ihren Leserbrief in den „Israel Nachrichten" vom 23. Dezember 1974 möchte ich darauf hinweisen, dass die Mehrzahl der obigen Ansprüche von denjenigen Personen, die die deutsche Staatsangehörigkeit trotz längerem Wohnsitz in Deutschland nicht erworben haben, aufgrund unserer Intervention nunmehr anerkannt wird.

In einer Anweisung des Bundesausgleichsamts in Bad Homburg ist zu diesem Problem folgendes ausgeführt:

„Künftig geht die Ausgleichsverwaltung also davon aus, dass bei Juden, die vor 1931 weniger als 10 Jahre im Reichsgebiet gelebt haben, wegen der bestehenden Zehn-Jahresfrist die Frage der Einbürgung bezw. der Bemühungen um die Einbürgung als wertneutral anzusehen ist. Bei Juden, die bis 1931 länger als zehn Jahre im Reichsgebiet gelebt hatten, muss der Nichterwerb der deutschen Staatsangehörigkeit bezw. das Unterlassen der Bemühungen in Richtung auf den Erwerb der deutschen Staatsangehörigkeit grundsätzlich als gewisses Indiz gegen das Vorliegen der deutschen Volkszugehörigkeit angesehen werden. Doch soll dies nicht ausschlaggebend sein .Das Indiz ist demnach nur eines der Merkmale, die insgesamt für die Beurteilung der deutschen Volkszugehörigkeit von Bedeutung sind.

In diesen Fällen kommt es auf des Gesamtbild des Verhaltens des Verfolgten während seines Aufenthaltes im Reichsgebiet an. Dieses Gesamtbild kann bei Nachweis entsprechender Tatsachen im Einzelfall durchaus zu der Schlussfolgerung führen, dass trotz Nichterwerbs der deutschen Staatsangehörigkeit und trotz unterlassener Bemühungen um den Erwerb der deutschen Staatsangehörigkeit deutsche Volkszugehörigkeit anerkannt wird.

Für den Einzelfall, ... bedeutet dies, dass das Ausgleichsamt die Frage der deutschen Vol[...] zugehörigkeit nicht allein sch[...] deshalb verneinen darf, weil [...] mühungen um den Erwerb [...] deutschen Staatsangehörigk[...] nicht als nachgewiesen ange[...] hen werden. Vielmehr muss [...] Ausgleichsamt weitere Erm[...] lungen anstellen, um sodann [...] ter Würdigung des Gesamtv[...] haltens des Verfolgten währ[...] der Dauer seines Wohnsitzes [...] Reichsgebiet zu einer Entsch[...] dung zu kommen."

Bei einem kürzlichen Bes[...] im Ausgleichsamt in Bre[...] wurde uns sowohl von der V[...] waltung als auch von den d[...] ansässigen Rechtsvertretern [...] geteilt, dsas die fraglichen F[...] le nunmehr keine wesentlich[...] Schwierigkeiten machen würd[...] und die überwiegende Mehrz[...] positiv erledigt wird. Allerdi[...] sind hiervon diejenigen ehem[...] gen Eigentümer von Vermög[...] in der DDR zu unterscheid[...] die niemals einen Wohnsitz [...] Deutschland hatten und des[...] gen ihre Anspruchsvoraussetz[...] als „Volksdeutsche" nachwei[...] müssen, um Ansprüche na[...] dem Lastenausgleich geltend [...] chen zu können.

Falls Ihre Ansprüche trotzd[...] abgewiesen sein sollten, würd[...] wir interessiert sein, die Sac[...] lage kennenzulernen, um ge[...] benenfalls vorstellig zu werde[...] wenn die obige Anweisung ni[...] entsprechend berücksichtigt w[...] den ist. Jedenfalls sehen wir b[...] her keine Notwendigkeit, [...] „Massnahmen gegen diese D[...] krimination und das Unrecht [...] unternehmen".

J. Or[...]

LILLI PALMER

Dicke Lilli- gutes Kind

65.

Der Senator liess sich sein Glas auffüllen und war bereits dunkelrot im Gesicht. Rex war auch rot, aber aus anderen Gründen. Jede kritische Anspielung auf England traf ihn persönlich, und seine Augen waren jetzt bedrohlich auf den Amerikaner gerichtet. Der war gerade bei den alten Kreuzern angelangt, die Roosevelt noch vor der amerikanischen Kriegserklärung Churchill zu Hilfe gesandt hatte. „Damit hat's angefangen", krakeelte der Senator, und ich wusste plötzlich, dass wir es mit einem eingefleischten Isolationisten zu tun hatten. „Immer haben wir den Engländern die Kastanien aus dem Feuer holen müssen — für was, möcht ich wissen, für was?"

„Sir, der Mann ist ja betrunken", sagte ich leise auf deutsch, „der weiss ja nicht, was er sagt..."

„Macht nichts", meinte Windsor ruhig, „das kommt manchmal vor. Da hör ich einfach nicht hin."

Aber Rex hörte hin, und ich sah, dass er nahe am Platzen war.

Ich drehte mich schnell zu Jimmy, der versunken aus seinem Brot ein Bataillon von kleinen Männchen gemacht hatte. „Jimmy", flüsterte ich, „ich fleh Sie an, wechseln Sie sofort das Thema, sonst geschieht was Fürchterliches..."

Jimmy nickte verständnisvoll. „He, Freunde!" rief er laut über den Tisch mitten in die Tirade des Senators hinein. „Wer kommt morgen mit mir nach San Fruttuoso? Da soll's einen prima Hummer geben, frisch aus dem Meer gefischt..."

Der Senator warf ihm einen Blick zu, als ob er selbst ein Hummer sei. Er war gerade bei Roosevelt angelangt, offenbar sein Erzfeind, der vom englischen Kapitel *bestochen gewesen* sei.

„Na gut", sagte Jimmy und lächelte mir ermunternd zu. „Versuchen wir was anderes!"

Damit stand er auf, stiess seinen Stuhl zurück, ging die paar Schritte zur Reeling, schwang sich seelenruhig darüber — und sprang ins Wasser.

„Hurra!" schrie das Publikum am Kai, das genau wie wir fasziniert jeder seiner Bewegungen gefolgt war. Wir sassen alle wie versteinert und starrten auf die Stelle, an der er verschwunden war, als ob er dort auch wieder auftauchen würde. Dabei hatten wir das laute Klatschen, mit dem er etwa fünf Meter unter uns aufs Wasser aufgeschlagen war, deutlich gehört. Die Menge, die vor Vergnügen gröhlte und „bravo" schrie, sah wahrscheinlich, wie er an die Oberfläche kam und zum Kai zurückschwamm. Wir konnten das nicht, denn keiner rührte sich von seinem Platz.

Windsor fand als erster die Sprache wieder. Er zeigte hilflos auf den leeren Stuhl neben mir und sagte: „Aber — es müsste doch ein Protokoll geben..."

Da sass der Ex-König von England, den Zeigefinger in der Luft wie ein bestürztes Fragezeichen. Man hatte ihn ganz anders als gewöhnliche Sterbliche erzogen. Er selbst hat noch kurz vor seinem Tod mit entwaffnender Offenheit in einem Interview gesagt: „Ich habe nie im Leben etwas vom Boden aufgehoben. Wenn ich mich ausziehe, dann lasse ich meine Kleider einfach fallen. Ich weiss, es steht immer jemand hinter mir, der sie aufhebt." Er war gewohnt, alle täglichen Geschehnisse einem imaginären Zeremonienmeister, dem „Protokoll", zu unterwerfen, dessen Paragraphen aber sicher nicht enthielten, wie man sich zu benehmen hatte, wenn ein Gast im Smoking über Bord sprang.

Keiner rührte sich. Auch die Deutschstunde versagte. Ich sah Wallis an. Ihr Gesicht war weiss vor Schreck und Zorn und die Nase spitz.

„Er ist ein ungezogener Junge", brachte sie endlich hervor. „Ich möchte Sie alle bitten, kein Wort mit ihm zu reden, wenn er wiederkommt. Wir werden alle so tun, als ob nichts geschehen sei!"

Draussen schwoll das Gejohle plötzlich um das Doppelte an. („Hoch der kühne Schwimmer!" — „Ihnen war's wohl zu heiss, was?"). Wahrscheinlich war Jimmy gerade dem Wasser entstiegen. Ich konnte mir vorstellen, wie er aussah: Der Hafen war so schmutzig wie alle Häfen, voller Abfälle, toter Ratten und anrüchiger Produkte aus Gummi. Bevor er ins Wasser sprang, hatte er ein untadeliges, dunkelblaues Samtjakett über einem gefältelten Smokinghemd getragen, Lackpumps und Diamanten-Manschettenknöpfe.

Der Senator war der einzige in der Tafelrunde, der Jimmys Abgang nicht mitgekriegt hatte. Sein Weinglas wurde aufgefüllt, und er fuhr in seiner Polemik gegen Roosevelt ungestört fort. „Ein verkappter Bolschewik!" randalierte er. „Amerikas Unglück, Ruin, Untergang..."

Niemand widersprach ihm, denn niemand hörte zu. Die Herzogin gab dem Diener ein Zeichen, und der reichte verstört die köstlichen Gerichte herum, obgleich alle Teller noch voll waren.

Wallis sagte plötzlich laut und grob mitten in des Senators Predigt hinein: „Daran ist natürlich seine Mutter schuld. Alles Jessie Donahues Schuld! Auf der einen Seite verhätschelt sie ihn wie einen Abgott, auf der andern hält sie ihn so knapp, dass ihm alles egal ist..."

„Und als er zum drittenmal gewählt wurde...", sagte der Senator.

„Gewählt?" fragte Greta verblüfft. „Jimmy wurde gewählt?"

Der Amerikaner warf ihr einen vernichtenden Blick zu, aber bevor er noch zu Roosevelts vierter Amtszeit kam, erschien Jimmy in der offnen Salontür. Er nickte freundlich und unbekümmert nach allen Seiten — so, als sähe er uns zum erstenmal an diesem Abend — und steuerte auf seinen Stuhl zu. Sein Haar war noch klitschnass, aber er hatte sich umgezogen — ein dunkelgrünes Samtjackett mit ebenso tadellosem Hemd.

„Na?" sagte er zu mir. „Hat's was genützt? Wird jetzt von was anderm gesprochen?"

Wie aufs Stichwort röhrte der Senator: „Pearl Harbour hätte nie stattgefunden, wenn die Engländer nicht so im Dreck gesessen hätten. Ich bin heute noch überzeugt — und ich war nicht der einzige im Senat —, dass Churchill und Beaverbrook und die ganze Bande die Japaner bestochen haben..."

„Na, so was!" sagte Jimmy und klopfte mir tröstend auf die Schulter. „Da müssen wir's eben noch mal versuchen!" Sprach's, stand auf und begab sich schnellen Schrittes zur Reeling.

Diesmal aber gelang ihm sein eleganter Schwung über Bord nicht so untadelig wie das erste Mal, denn Greta war aufgesprungen und hing sich an seine Hosenbeine. „Nicht! Nicht!" rief sie flehend. „Nicht noch einmal! Sie werden krank! Lassen Sie — au!"

Er hatte ihr einen kräftigen Stoss versetzt, der sie rücklings auf den Boden warf, und nun schwang er sich lachend über die Reeling und verschwand in der schwarzen Nacht.

„Klatsch" kam es wieder aus der Tiefe, und die Menschen am Kai brachen in nicht enden wollende Begeisterungsrufe aus: „Hoch! Hoch! Bravo!" kreischten sie oder brüllten einfach ekstatische Urlaute in die Luft.

Da war nichts mehr zu retten. Obgleich der am wenigsten betroffene Gast, der Russe George Schlee, einen tapferen Versuch machte. Er stand auf, hielt sein Glas etwas krampfhaft in die Höhe und rief: „Ich trinke jetzt einen Toast auf das britische Königreich!" Wonach auch dem Senator nichts weiter übrigblieb, als sich ebenfalls mühselig zu erheben und sein Glas zu leeren, wobei er etwas Unverständliches murmelte. Wir andern standen bereits alle mit erhobenem Glas und riefen extra laut: „To the British Empire!" Es war eine Erlösung, aufstehen zu dürfen und unserer Erregung irgendwie Luft zu machen.

Wallis setzte sich gar nicht erst wieder hin, und so kamen wir um die Süsspeise. Sie ging schnurstracks in den Salon zurück, und wir mussten hinterhertrotten. Dort standen wir ratlos herum, denn Kaffee gab's noch nicht, und die Windsors waren beide durch eine andere Tür verschwunden.

„Gehen wir", sagte Greta.

„Ohne auf Wiedersehen zu sagen?"

„Ohne."

(Fortsetzung folgt)

Mira Awrech BERICHTET:

HINTER DEN KULISSEN DER DEBATTE UM DEN SICHERHEITSETAT:

Schimon Peres: Flugzeugparkplatz auf der Strasse...?

Der Kampf war schwer. Die Minister zeterten und zürnten. Manche traten für den Budgetvorschlag des Sicherheitsministers Schimon Peres in der Höhe von 25 Milliarden ein, andere kämpften mit Nachdruck und Feuer gegen die horrende Ausgabe.

Zuweilen konnte ein unbeteiligter Beobachter den Eindruck gewinnen, dass man nicht zur Sache spricht, sondern über politische Details verhandelt. Zufällig oder auch nicht entbrannte zu Beginn der Sitzung eine Debatte zwischen „Falken" und „Tauben".

An der Spitze des Lagers der „Tauben" stand Finanzminister **Jehoschua Rabinowitz**, der verlangte, dass man dem Sicherheitsministerium ein Budget von höchstens 20 Milliarden bewilligen sollte. Ihn unterstützten die Minister **Chaim Zadok** und **Abraham Ofer**. Weitere Rückendeckung kam von den Ministern der Liberalen, **Mosche Kol** und **Gideon Hausner**.

Diesem Lager gegenüber bezogen die Andersdenken Stellung, vor allem Minister **Aharon Jariw**, dem man den Ausspruch zuschreibt: „So oft wir das Sicherheitsbudget einschränken, haben wir es nachher zu bedauern". Ihm standen Verkehrsminister **Gad Jakobi** und Polizeiminister **Schlomo Hillel** zur Seite. Sie fanden volle Unterstützung bei den Ministern der Religiösen, **Josef Burg**, **Jizchak Rafael** und **Michael Hasani**.

Es fehlte nicht an Teilnehmern, die neugierig darauf warteten, wie sich der Mann entscheiden wird, welcher das „Zünglein an der Waage" darstellt: Ministerpräsident **Jizchak Rabin**. Am gespanntesten warteten diesmal die Minister **Chaim Barlev** und **Aharon Jadlin**.

Das Finanzministerium mobilisierte ganz offen Stimmen für sein Lager. Schliesslich würde ja, was immer auch geschieht, dieses Ministerium die Gelder für Sicherheitswecke — „anderen Ministerien vom Etat abziehen müssen..."

Die Vertreter des Sicherheitsministeriums machten demgegenüber geltend, dass davon keine Rede sein könne. Fast die Hälfte des Sicherheitsetats wird ohnehin in Form von „Ware" von den USA zur Verfügung gestellt und lässt sich nicht gegen andere Dinge „umtauschen". Die übrigen 13 Milliarden würden auch nur für wichtige und unaufschiebbare Dinge ausgegeben.

Die Debatte liess an Lautstärke nichts zu wünschen übrig.

Unterrichts- und Kultusminister Aharon Jadlin: „Ich werde wegen Geldmangel Schulklassen schliessen müssen, und Sie wollen die Gehälter der Offiziere erhöhen!"

Wohnbauminister Abraham Ofer: „Ich habe kein Geld, um Wohnungen für Mittellose zu bauen!"

Sicherheitsminister Schimon Peres: „Die Wohnungen für Slumbewohner, wie Sie sie nennen, wollen Sie entlang der Küste bauen. Warum? Bauen Sie im Galil, im Negew und in Jerusalem! Und was die Gehälter der Offiziere betrifft — bei all meiner Wertschätzung für die Lehrer werden sie doch mit mir einverstanden sein, wenn ich sage, dass sie nicht wie die Berufsoffiziere der Armee sieben Tage pro Woche und zwölf Stunden im Tag arbeiten... Die Offiziere setzen sich mit Leib und Seele für Zahal ein... Und was die Bauarbeiter anbelangt, so ist ein Berufsoffizier trotz seiner endlosen Arbeitsstunden noch sehr weit vom Gehalt eines Fliesenlegers entfernt..."

Ausserdem noch machte Peres vor den Ministerkollegen geltend: „Ihr habt den Ankauf von Flugzeugen genehmigt. Wo wollt Ihr, dass ich sie unterstelle? Auf der Strasse? Ohne Budgets können wir keine Hangars (Flugzeughallen) bauen. Und wo soll ich die Munition unterbringen? Auf der Dizengoffstrasse...?"

So oder so hat der Sicherheitsminister inzwischen Sparmessnahmen angeordnet. Bewirtungen sollen auf seinen Befehl vollkommen eingestellt und keine Festlichkeiten für die Soldaten veranstaltet werden. Weniger Auslandsreisen und Hotelaufenthalte, Beschneidung des Etats für die Anschaffung von TV-Apparaten für Soldatenklubs, ja sogar Sparmessnahmen beim Zeitungskauf stehen auf der Tagesordnung. Doch all das wird nur 20 bis 30 Millionen einsparen. Um auf Milliarden zu kommen, ist der Weg noch weit.

Doch zu Kompromissen ist Peres nicht geneigt. „Ich bin nicht bereit, einen Jungen in einem Alter, in dem er noch wächst, an die Grenze zu schikken, ihn schwerste Arbeit verrichten zu lassen und ihm dann nichteinmal vier reichliche, gute Mahlzeiten pro Tag zu geben! Ich bin nicht bereit, junge Menschen ohne warme Kleidung in die Kälte zu schicken!"

Die Debatte endete wie alle Debatten: Der Ministerpräsident schlug ein Kompromiss vor. Anstelle der 25 Milliarden von Peres und der 20 Milliarden von Rabinowitz einigte man sich auf den Vorschlag von 22 Milliarden. Der Finanzminister nahm es auf sich, diesen Vorschlag der Regierung offiziell zu unterbreiten, und Peres musste — mangels einer Alternative — zustimmen...

Informationsminister **AHARON JARIW:** Führer der „Falken"

Ministerpräsident **JIZCHAK RABIN:** Zünglein an der Waage



Finanzminister **JEHOSCHUA RABINOWITZ:** An der Spitze des „Taubenlagers"

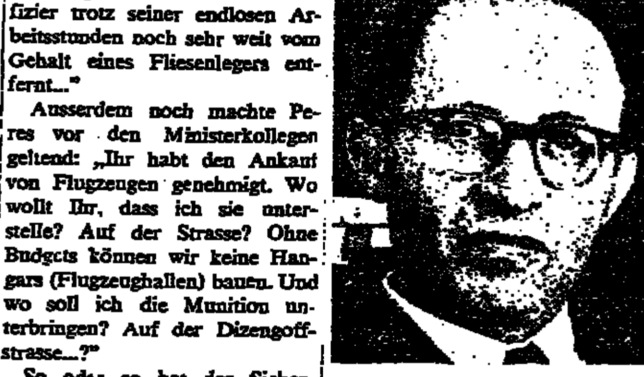
GRUSS AUS KAIRO

„Ich habe für Sie einen Gruss aus Aegypten!" wandte sich ein amerikanisches Journalist, der jetzt aus Kairo zurueckkehrte, an den Führer der Opposition **Menachem Begin**.

„Aus Aegypten? Von wem" wunderte sich das Parteioberhaupt des „Likud".

„Von Ismail Fahmi..! Er bat mich, Ihnen zu sagen, dass er nicht versteht, warum Sie Arafat angreifen. Sie selbst — so sagt Fahmi — waren doch einst Führer einer Untergrundbewegung und sind jetzt Oberhaupt einer Partei im Parlament. Dann kann also auch Arafat es ähnlich machen, sagt Fahmi."

„Oh nein!" entrüstete sich Begin. „Jeder Vergleich zwischen der hebräischen Untergrundbewegung und dem Verband von Arafat ist eine Blasphemie! Das Ziel der Juden war die **Rettung** eines Volkes, während Arafats Ziel — die **Vernichtung** eines Volkes ist... Auch die Methoden sind diametral entgegengesetzt: Unser System basierte auf Kämpfen mit einer Armee bei gleichzeitiger Rücksichtnahme auf die Zivilbevölkerung. Das System der Leute Arafats basiert gerade auf der Opferung von Zivilisten... Bitte überbringen Sie Fahmi meinen Gruss, obwohl er bat, dass die Einwanderung nach Israel auf fünfzig Jahre eingestellt wird. Sagen Sie ihm aber auch, dass wir — er und ich — in fünfzig Jahren schon nicht mehr am Leben sein werden! Aber ich versichere ihm, dass in Israel Millionen weitere Juden zu den bereits hier lebenden hinzugekommen sein werden!"



Oppositionsführer **MENACHEM BEGIN:** Kein Vergleich mit Arafat!

WAS DER BOTSCHAFTER UNTER DEM TISCH SUCHTE

Es geschah am Flugplatz Ben Gurion. Ein Jumbo der „El-Al" wartete, um mit Aussenminister **Jigal Allon** abzufliegen, der sich zwecks Gesprächen mit Aussenminister **Henry Kissinger** nach Washington begab.

Der israelische Aussenminister beendete sein Gespräch mit den israelischen Journalisten und betrat das kleine Empfangszimmer für wichtige Gäste, wo seine Gemahlin auf ihn wartete. Plötzlich kam US-Botschafter **Kenneth Keating**, herein, der sich von Allon verabschieden wollte, wie es das diplomatische Protokoll vorsieht.

Der silberhaarige Botschafter bückte sich plötzlich und begann, in die Ecken des Zimmers, unter die Stühle und unter den Tisch zu gucken.

„Entschuldigen Sie — suchen Sie etwas?" erkundigte sich Jigal Allon schliesslich, der verwundert das Treiben des Botschafters beobachtet hatte. „Ah", war die lächelnde Antwort Keatings, „ich suche die **Karten!**"

Und dabei meinte er gewiss nicht etwa — Spielkarten.

FLIEGENDE REVANCHE

Kurz bevor **Danny Kaye** jetzt wieder einmal ins Land kam — um „in der Stunde aufregender Zeitungsmeldungen mit seinem Volk zu sein" — bewies er, dass es sich nicht lohnt, ihn zu verärgern. Er wollte das exklusive Restaurant „Carlton House Terrace" in London aufsuchen, als er fühlte, dass ihn etwas würge. Es war dies die Kravatte, die anzulegen sein Gastgeber ihn gezwungen hatte. „Das ist Vorschrift des Hauses!" erklärte der Gastgeber.



Bürgermeister **TEDDY KOLLEK:** Drei Nummern zu klein...

Danny Kaye hasst Kravatten, wenn er nicht auf der Bühne steht. Das ist bekannt. Er beschloss sich zu rächen. Einige Zeit danach kam der Londoner Gastgeber nach den USA und wurde von Kaye eingeladen, ihn nach Las Vegas zu begleiten. Und zwar im Düsenflugzeug des Schauspielers.

Als aber der Gast wahrnahm, dass der Pilot kein anderer sei als Danny Kaye selbst, wurde er kreideweiss. — „Ich habe schreckliche Angst vor dem Fliegen!" quetschte er heraus, und bat sofort zu landen. „Ah", lachte Danny, diesmal ohne Kravatte, „dagegen gibt es nur ein Heilmittel!" und er vollführte eine Drehung, so dass man mit dem Kopf nach unten flog...

All das erinnert an eine Geschichte über **Teddy Kollek**, der an einem Chamsintag in höchst sommerlicher Aufmachung ins neue Grillrestaurant des „King David Hotel" kam. Kollek, in Gesellschaft seines Freundes und Gastes **Prof. Berlin**, hatte sich kaum hingesetzt, als ihm der Oberkellner schon mit unbewegter Miene mitteilte: „Hier muss man Jackett tragen." In der Hand trug der Ober ein Jackket aus der Sondergarderobe des Lokals für ähnliche Notfälle. Teddy Kollek zog gehorsam das Kleidungsstück an: doch bald musste er einen fatalen Fehler erkennen: Die Jacke war ihm um etwa drei Nummern zu klein...

(Uebers. a. d. Hebr. v. A.S.)

RADIO und FERNSEHEN

DONNERSTAG, 16.1.1975

Nachrichten: jede Stunde.

Programm A:

8.10 Berühmte Künstler — mit dem niederländischen Bläser-Ensemble, Dietrich Fischer-Dieskau, Leonid Kogan und anderen; 9.05 Opernklänge — Saint-Saens: „Samson und Delila", ausgewählte Stücke aus der Oper, Dirigent Georges Pretre; 10.05 Wiederholung des Klavierrezitals des Schweizer Gastes — Bach, Beethoven, Schubert; 11.00 Volkstümliches Hebräisch; 11.15 und 12.15 Programm für Schulen; 1.35 und 12.05 Lied und Chanson; 12.35 Adi Etzion (Sopran) singt alte spanische Lieder, Lieder von Vivaldi, Glück und anderen, am Klavier Edit Zwi; 13.05 Mittagskonzert — Gounod: Auszüge aus „Faust"; 14.10 Für die Mutter und Kind; 15.05 Radiowissen — Kampfmittel und Militärdoktrin; 15.30 Literatur für Lehrer und Schüler der Mittelschulen; 15.50 Buchbesprechung; 16.10 Eine Minute Hebräisch; 16.11 Konzert des Jerusalemer Symphonieorchesters — Stereo — Wiederholung des Konzerts, das am Montag im Jerusalemer Theater stattfand, Dirigiert Mendi Rodan mit Dora Schwarzberg (Violine) — Noam Sheriff, Tchaikowsky, Debussy, Britten; 18.05 Die Woche in der Knesset; 18.30 Ueber Arbeitende und Arbeit; 18.55 Für den Landwirt; 19.25 Leichte klassische Musik; 19.50 Rezitation aus der Bibel; 20.05 Schachwettbewerb Israel—Norwegen; 20.07 „Hier Studio Nr. 1" — musikalisches Magazin; (ebenso 22.30); 20.30 Spiele um den Europa-Pokal, Korbball: Makkabi Tel-Aviv gegen Real Madrid, aus dem Korbball-Stadion in Jad Elijahu übertragen; 23.05 Neue Klänge — Stereo — „Das seltene Requiem" (Stereo)-Auszüge, bearbeitet von John Williams (Tonbandaufnahmen des bayrischen Rundfunks); 00.10 Ein kurzes Gedicht.

Programm B:

6.10 Morgengymnastik; 6.20 Musikalische Uhr; 6.59 Eine Minute Hebräisch; 7.35 Gesänge; 7.55 „Grünes Licht"; 8.15 Morgenprogramm; 10.05 Programm für die Hausfrau; 12.05 Im Arbeitsrhythmus; 12.30 Unsere Lieder; 13.05 Chansons und Neuigkeiten; 14.10 und 15.05 „Dir und mir", Lieder; 15.52 Jüdische Bräuche und Begriffe; 16.10 Eine Minute Hebräisch; 16.11 und 16.35 Gesänge; 16.30 Rätselraten in Fortsetzungen — mit Schmuel Rosen; 17.10 Radiospiel; 18.05 Orientalische Weisen; 18.45 Täglicher Sportbericht; 21.05 Kinder erzählen über ihre Vorstellungen und Pläne für die Zukunft (Wiederholung); 22.05 Alle singen „Donowan"; 23.05 und 00.10 Unter uns — Gespräche über persönliche Probleme per Telefon und im Studio.

Sender H:

19.00 und 20.00 Nachrichten; 19.05 und 20.05 „Wer fürchtet sich vor Pop und ähnlichem?"

Militärsender:

Nachrichten: jede Stunde.

6.05 und 7.05 Morgenklänge; 8.05, 12.05, 17.05 und 00.05 Nachrichtenjournale; 9.05 Grüsse mit einem Lied; 9.55 Fünf Minuten mit dem Militär-Generalstaatsanwalt; 10.05 und 11.05 „Warm und schmackhaft"; 10.55 Programm mit Uri Sela; 11.55 Die kurze chassidische Erzählung; (Raw Schmuel Hacohen Avidor); 12.25 Stern zur Mittagszeit — Sentana; 12.55 „Ich schlage vor" — mit Michael Hendelsalz; 13.05 Unterhaltungsprogramm für Soldaten (Wiederholung); 14.05 und 15.05 „Zwei bis vier"; 16.05 Rufen Sie bitte an — die Mannschaft beantwortet Fragen des Publikums; 17.40 Chansons für jedermann; 18.05 Persönliche Akte — mit Aluf Arie Levy, Generalquartiermeister, Interviewt von Gideon Lev-Ari; 18.35, 19.05 und 20.05 Parade der hebräischen Chansons; 21.05 Affären (Wiederholung); 22.05 „Papiermond" (Michael Hendelsalz); 23.05 „Bestandaufnahme"; 23.45 Vortrag von Jizchak Liwni über die schönen Meeresufer, moderne Architektur, das „gute Leben" und die Rassenprobleme in Südafrika; In der Nacht zwischen den Nachrichtensendungen leichte Musik, Lieder, Chansons.

Schulfernsehprogramm:

7.50 und 11.25 Naturkunde; 8.15 Mathematik; 9.25 Naturkunde/Physik; 10.00 Technologie; 10.20 Rechnen; 10.45 Programm für die Kleinen; 13.00 Französisch; 16.00 Englisch; 16.40 Walter und Conny im Dorf — Englischunterricht für Erwachsene, 17.00 Telenoar.

Fernsehprogramm:

17.30 Nachrichten; 17.32 Zirkus; 17.40 Die Welt von Walt Disney: „Der Mensch im Fluge"; 18.30 bis 20.00 Programm und Nachrichten in arabischer Sprache; 20.00 „Kol-bo-thek"; 20.30 Mabat; 21.00 „Hawaii fünf null" („Alpdrücken in Hawaii"); 21.50 „Kopfwäsche"; 22.30 Spiel der Woche — Sportschau; 22.55 Tagesabschnitt, Nachrichten.

aus unseren Galerien und Museen

AUSSTELLUNG VERA SPIEGLER

In den Räumen des Städtischen Museums in Nahariya sind Bilder der Malerin Vera Spiegler ausgestellt, die seit einiger Zeit in Nahariya — Ein Sarah lebt.

Die Künstlerin stammt aus der Tschechoslowakei und setzte hier im Lande ihre Studien unter der Führung und Anleitung von Haim Naor und Abraham Yaskiel fort.

Die zweifellos begabte Frau — eine elegante Erscheinung — hat ihren Bildern nach zu urteilen — einen sensitiven — ja sensiblen Charakter. Ihre „Chassidische Hochzeit" — das Bild 1942 (an die Schrecken der Verfolgung erinnernd) und vor allen Dingen das Werk „Jacqueline" beweisen es. „Jacqueline" zeigt eine junge Cellistin mit langen blonden Haaren, überragt von der Figur eines Dirigenten, in der unschwer die Cellistin Jacqueline de Pre zu erkennen ist, die durch Krankheit an der Ausübung ihrer künstlerischen Tätigkeit behindert ist.

Der Rahmen der Eröffnungszeremonie hatte einen für Nahariya ungewohnten mondänen Anstrich.

Irgendwie war Europa spürbar — bestimmt aber ein Abglanz der guten alten K. und K. Zeiten.

Eine sehenswerte Ausstellung mit viel Van Gogh — Gelb.

Erich M. Lehmann

APOTHEKEN- UND AERZTEDIENST

Donnerstag nachts bis 23 Uhr: Kikar Hamedina, Tel. 258046.

Ramat Gan und Umgebung: Aba Hillel 30 Tel. 723554.

Bnei Brak: Rabi Akiba 80.

Petach Tikwa: Chafez Chaim 6

Herzlia und Umgebung: Raanana, Achusa 78.

Netania: Herzl 2, Tel. 28856.

Bat Jam: Balfour 45.

Cholon: Sokolow 68.

Beer Schewa: Schikun Gimmel

Haifa bis 21 Uhr: Moria 107, Tel. 242621. Ab 21 Uhr: MDA, Tel. 51223, Kirjat Elieser.

Jerusalem 19.00—22.00 Uhr: Ramot Eschkol, Tel. 280552, Bal Al Sahara, Tel. 282682.

ÄRZTENACHDIENST

Dr. Hai Even, Epsteinstr. 5, Tel. 443281.

Magen David Adom: Aerzte-Nachtdienst T-A, Tel. 614333, oder 101 von 8 Uhr abends bis 7 Uhr morgens.

Kupat Cholim „Maccabi" Arad: MDA. Tel 057-97222 — Aschdod: MDA. Tel 22222 — Bat Jam. MDA, Tel. 863333 — Cholon: MDA, Tel. 843132 — Gusch Dan: MDA, Ramat Gan, Hagilgalstr. 42, Tel. 781111 — Herzlia: MDA, Tel. 981333 — Haifa: MDA. Telefon 101 — Jerusalem: MDA, Tel. 101 — Kirjat Ono: MDA, Telefon 781111/2 — Natania: MDA. Tel. 23333 — Petach Tikwa: MDA, Tel. 912333 — Rischon Lezion: MD, Tel. 942333 — Tel-Aviv: MDA, Tel. 101 — Zfat: MDA, Tel. 101.

Kupat Cholim „Assaf". Tel-Aviv, Tel. 101, Gusch Dan, Tel. 781111, Bat Jam, Tel. 863333; Cholon. Telefon 843133; Haifa, Allgemeiner u. Kinderarzt, Tel. 254530.

Kupat Cholim Merkasit, Tel-Aviv-Jaffo: MDA, Mazestr. 13, Tel. 101, von 8.00 Uhr abds. bis 7 Uhr morgens Dr. Watts, Allenbystr. 50, Tel. 53888 (nur tagsüber); Dr Marc Dona, Haschmonaim 4, Tel. 248228.

KINOPROGRAMM

TEL-AVIV

ALLENBY: Walking Tall
BEN JEHUDA: Les Petroleuses
CINEMA ONE: The Taking of Pelham — One, Two, Three
CINEMA TWO: The Conversation
CINERAMA: Mister Majestic
CHEN: Juggernaut
DEKEL: The Odessa File
DRIVE-IN: 5.00 Heidi; — 7.15 The Policeman; — 9.45 Let the Good Times Roll
ESTHER: The Klansman
GAT: American Graffiti
GORDON: The Pedestrian
HOD: The Taking of Pelham — One, Two, Three
LIMOR Un Amour de Pluie
MAXIM: The Seduction
MOGRABI: The Odessa File
OPHIR: Inside Job
ORLY: A Warm December
PARIS: L'amour l'apres midi
PEER: Lucky Man
STUDIO: Murder on the Orient Express
TCHELET: Casablanca
TEL-AVIV A Man called Noon
ZAFON. Stavisky

RAMAT GAN

KINO LILLY: 7.00 und 9.30 Sleuth (4. Woche), Lawrence Olivier, Michael Caine; — 4.00 Uhr: The Arch of Fire.

JERUSALEM

ARNON: Pulp
CHEN: The Klansman
EDEN: Newman's Law
EDISON: Secret Agent 101
HABIRAH: Thunderbolt and Lightfoot
JERUSALEM: Amarcord
MITCHELL: Le mouton enrage
ORGIL: Amorous Headmaster
ORION: Dead
ORNA: Death Wish
RON: I'll Cry Tomorrow
SEMADAR: Le Grand Blond avec des Chaussures Noires

HAIFA

AMPHITHEATRE: The Last Chance
ARMON: Juggernaut
ATZMON: Deux Hommes dans la Ville
CHEN: The Glass House
MIRON: The Angry Guest
MORIAH: A Walk in the Spring Rain
ORAH: La Bonne Année
ORDAN: The Visit
ORION: The Worst and the Good
ORLY: Avanti
PEER: Sleeper
RON: L'Emmerdeur
SHAVIT: The Exorcist

חדשות ישראל ECHO DES TAGES

המכה ממוסקבה

פעולת הרוסים לביטול הסכם הסחר עם ארצות הברית לא היתה בלתי צפויה. כבר אחרי פרסום המכתב של גרומיקו לד״ר קיסינג׳ר היה ברור, שהרוסים אינם מוכנים לשנות עמדתם כלפי ההגירה היהודית. יש כאלה, הטוענים שההסכם טורפד ע״י פרסום חליפת המכתבים בין ד״ר קיסינג׳ר ובין הסנטור ג׳קסון, וגם ע״י הגבלת האשראי האמריקאי ל־300 מיליון דולר. אבל לרוסים יש נימוקים אחרים, הם מעוניינים להראות לערבים הקיצוניים שהם תומכים במלחמתם עד הסוף. מוסקבה ביטלה זה כעשיר את ההסכם עם ארצות הברית כדי לסכל את מאמצי אלון וד״ר קיסינג׳ר להגיע להסכם עם מצרים בלבד. אולי ידרשו האמריקאים „פרס" יותר גבוה מצד ישראל אבל סאדאת יבין יפה את הרמז ממוסקבה ויתחשב בלחץ מצד החוגים הקיצוניים וביחוד מצד סוריה.

עלינו להשתחרר מאשליות בנוגע לכוונות הרוסים. במוסקבה שוב התגברו החוגים האנטי־יהודיים. עלינו להמשיך במאבקנו על עליה. יחד עם זה עלינו לחזק את כוח המשיכה של ארצנו ולדאוג לכך שהעולים מרוסיה יגיעו לארץ ולא ינשרו בדרך, כדי לא לתת לרוסים נימוקים במלחמתם למניעת ההגירה.

י. א. פ.

SCHLAG AUS MOSKAU

Die russische Mitteilung über die Annullierung des Handelsabkommens mit den Vereinigten Staaten kam nicht unerwartet. Seit langem gab es in Israel Politiker und Journalisten, die immer wieder fragten, ob Dr. Kissinger wirklich konkrete Zusagen seitens der Russen in der Auswanderungsfrage erhalten habe. Immer lautete die etwas geheimnisvolle Antwort: „Wenn Kissinger mit Jackson debattiert, *so hat er etwas, worauf er sich stützen kann*". Anscheinend war der Optimismus von Dr. Kissinger zu gross, und vor allem hat wiederum der sowjetische Botschafter in Washington, Dobrynin, die amerikanischen Politiker durch Erwecken falscher Hoffnungen irregeführt.

Eigentlich war seit Veröffentlichung des Briefes von Gromyko an Kissinger das Schicksal des ganzen Projekte besiegelt, die Verfahren gegen Juden in der UdSSR sprachen andererseits *ihre beredte Sprache*. Jetzt will man die Veröffentlichung des Briefwechsels Kissinger—Jackson und die Begrenzung des amerikanischen *Kredites auf 300 Mio. Dollar* für das Scheitern des ganzen Unternehmens verantwortlich machen, aber diese Auffassung wird dem ganzen Problem kaum gerecht. Die Russen hätten wahrscheinlich auch 300 Mio. Dollar Kredit genommen, aber sie hatten andere Interessen: sie wollten die Verhandlungen Allons in Washington torpedieren und alles tun, um ein „einseitiges „Abkommen zwischen Ägypten und den USA zu verhindern.

Moskau hat sich durch die Absage des Besuches von Breschnew in Kairo von Ägypten abgegrenzt, aber damit hat es nicht die Unterstützung der Sache der Araber aufgegeben. Die Russen haben nur ihren Unmut gegenüber dem Nilstaat wegen seiner zu proamerikanischen Haltung ausgedrückt. Wer im arabischen Lager ist und weniger zu Amerika neigt, der kann auf die Hilfe der Sowjets zählen. Syrien fürchtete wahrscheinlich, dass Sadat sich trotz allem unter Benutzung amerikanischer Vermittlung allein mit Israel einigen kann. Siehe da, die Sowjets sind den radikalen Araber zu Hilfe gekommen und haben auf wichtige Handelsvorteile verzichtet, nur um zu beweisen, dass sie nicht die jüdische Auswanderung nach Israel fördern wollen.

Der russische Schritt muss natürlich die Besprechung Allons in Washington überschatten. Auf der einen Seite können die Amerikaner von Israel vielleicht ein noch viel weiter gehendes Angebot verlangen, um Sadat doch zu beruhigen. Aber Sadat wird auch das Signal aus Moskau verstehen, und das Schicksal *der amerikanischen diplomatischen Aktion ausserhalb der Genfer Konferenz ist durch den Schlag aus Moskau ernsthaft in Frage gestellt.* Wir sind sicher, dass Allon die Amerikaner auf *diese Zusammenhänge aufmerksam machen wird.*

Die Aktion der Russen wird dazu beitragen, auch in unserem Lager viele Illusionen zu zerstören. Diejenigen, die immer wieder über Änderung des Verhaltens der Russen gegenüber Israel und über die Möglichkeit diplomatischer Beziehungen gesprochen hate, sollen jetzt gefälligst schweigen. Die radikalen antiisraelischen und antijüdischen *Kräfte haben in Moskau* wieder die Oberhand gewonnen, *und Israel und den Juden bleibt* nur eines: den Kampf um die *Auswanderungsfreiheit* fortzuführen und zugleich in Israel *selbst eine Situation zu schaffen*, die das Land für Einwanderer attraktiv macht. *Wir müssen uns von der Konstellation befreien, in der die Sowjets höhnisch betonen können, dass die Juden nicht an Israel interessiert sind und dies praktisch dadurch beweisen, dass sie auf dem Wege abspringen und in andere Länder auszuweichen versuchen.*

J. E. P.

Scharfe Auseinandersetzungen um Preise und Qualitaet

In den letzten Tagen haben scharfe Auseinandersetzungen um die nach wie vor immer weitergehenden Preiserhöhungen im Lande begonnen. Sowohl die zuständigen Konsumentenverbände, als auch andere Freiwilligenorganisationen im Lande, aber auch die Histadrut und Privatkreise von Bürgern sehen mit steigender Verärgerung, dass die Verteuerung vieler Erzeugnisse ohne jede echte Begründung fortgeführt wird.

„Ganz unschuldig werden unaufhörlich, auch mit Genehmigung des Handels- und Industrieministeriums, das es weit besser wissen müsste, Genehmigungen für Preissteigerungen erteilt und die Erhöhungen werden noch dazu ganz offiziell bekanntgegeben. Erst vor weni*gen Tagen erfuhren wir von ei*nigen genehmigten Preiserhöhungen, *bei denen man glauben* konnte, es handele sich um die erste und notwendige Steigerung seit der Abwertung. Dabei **waren diese Produkte bereits nach der Abwertung um 50% teurer geworden. Jetzt verteuerten sie sich noch einmal um 37%.** Das ist untragbar" — erklärte gestern ein Sprecher des Konsumentenverbandes.

Klagen wurden auch darüber laut, dass **Produkte nicht nur erheblich teurer, sondern auch erheblich schlechter geworden** sind. Die Produzenten halten *sich für die gesamte Teuerungs*welle am Konsumenten schadlos — meinen die Konsumentenorganisationen, die bereits hunderte von Klagen der Bürger über unaufhörliches Abnehmen der Warenqualität untersucht haben. Wie verlautet, wird es bereits in den nächsten Tagen zu **Prozessbemühungen** seitens der Konsumentenverbände kommen.

Die Gerüchte, *die* seit Tagen behaupten, es bestehe die Ab*sicht*, den Preis für Fahrzeugbenzin noch einmal heraufzu*setzen, sodass* **Oktan 94 dann IL 4 pro Liter** kosten würde, *sind zur Zeit unter Erörterung* der Verbände. Hier rügte man nicht nur, sondern man war **empört.** „Wenn der Staat sich herausnimmt, Zölle und Abgaben auf einen Kraftwagen zu erheben, die das doppelte des realen Preises ausmachen, kann er nicht nachher alles tun, um zu verhindern, dass der Autobesitzer seinen Wagen fahren lässt", erklärte ein Sprecher dazu. Er kündigte an, dass ein harter Kampf gegen eine solche Preissteigerung geführt werden würde, wenn nötig, mit allen nur verfügbaren Mitteln.

Experten meinten gestern, dass **die bisherigen Ergebnisse der „neuen *Wirtschaftspolitik*" des Finanzminister Rabinowitz mehr als mager seien.** Zwar könne man noch hoffen, dass sich im Laufe der nächsten beiden Monate mehr an solchen Erfolgen einpendele, aber die Aussichten dafür werden im allgemeinen als recht schwach bezeichnet.

BAUMWOLLEXPORT HAT SICH VERDOPPELT

Obwohl die **Anbaufläche von Baumwolle** in Israel in diesem Jahre um 7% verkleinert worden war, hat das Land im Jahre 1974 Baumwolle für insgesamt *20 Millionen Dollar exportiert* gegenüber etwas mehr als 10 *Millionen Dollar im Jahre zu*vor.

Allerdings spielt auch hier der stark angestiegene Preis eine Rolle. Neben dem Export hat die israelische Baumwolle den lokalen Markt vollständig beliefert, sodass keine Notwendigkeit für Importe bestehen und Devisen gespart werden konnten.

Inzwischen haben **ausländische Firmen** begonnen, sich für israelische Baumwolle zu interessieren. Daher ist damit zu rechnen, dass die Pflanzer in diesem Jahre *die Anbaufläche* wieder erheblich vergrössern werden, *nicht zuletzt auch mit dem* Ziele, in jedem Falle Devisen *einzusparen*, wenn auch, wird die Ernte nicht gefährdet, genug an Baumwolle für den lokalen Markt vorhanden ist.

Debatten ueber die Verkehrsbeschraenkungen nehmen zu

Noch hat sich kein Sprecher des Verkehrsministeriums zu den Gegenvorschlägen geäussert, welche der Tel Aviver Vizebürgermeister und für Verkehrsbelange der Stadtverwaltung verantwortliche Abteilungschef David Schiffman bei einer Pressekonferenz gemacht hatte, aber klar ist, dass es in den nächsten beiden *Wochen zu harten Debatten* über den Gesamtkomplex aller geplanten Verkehrsbeschränkungen im Lande kommen wird.

Schiffman hatte darauf hingewiesen, dass der geplante Fahrzeugruhetag für das Tel Aviver Stadtzentrum, so wie das Ministerium ihn fordert, nicht sehr einleuchtend sei, da er praktisch alle Autos in der Sperrzone einsperrt. Schliesslich wohnen dort ja auch Menschen. Daher wäre es einfacher, wenn gewisse Strassen gänzlich vom Privatautoverkehr ausgeschlossen werden. **Beginnen will Schiffman mit der Allenby Road.** Für den Privatverkehr bleiben die Yavne und die **Nachlat Benjamin-Strassen**, auf denen das Parken **grundsätzlich verboten wird,** während auf allen anderen Seitenstrassen der Zone Parkverbot **von 7 bis 9 Uhr morgens** eingeführt werden soll. Schiffman sagte auch, seit der Benzinverteuerung sank der Verkehr in Tel Aviv um sechs Prozent ab. *Er teilte mit, dass sich die* **Parkkarten für eine halbe Stunde um zehn und für eine Stunde um zwanzig Agorot verteuern** werden, die Inspektoren jedoch Anweisung haben, die noch vorhandenen Karten zu respektieren.

Zugleich hat die Campagne der Konsumentenverbände und der Autohänder gegen weitere Beschränkungen des privaten Autoverkehrs Verstärkung erfahren, *da befürchtet wird*, neue Einschränkungen und Verteuerungen *könnten dazu führen*, dass der Israeli von dem Privatauto kaum noch Gebrauch macht und sicherlich keinen neuen Wagen mehr erwirbt. Hierbei wird auf den Schaden hingewiesen, den der Staat dadurch erleiden würde, aber auch darauf, dass auf diese Weise zahlreiche Arbeitnehmer arbeitslos werden würden. In Jerusalem erklärten zuständige Sprecher gestern, die Debatten über diese Fragen würden auf Regierungsebene mit aller Heftigkeit geführt und es sei *damit zu rechnen* dass alle Interessen berücksichtigt werden würden ‚bevor die *letzten* Entscheidungen in dieser Angelegenheit fallen werden.

ZWANGSPROJEKTE ZUR ARBEITSLOSENVERHINDERUNG?

Projekte auszuarbeiten, um im Notfalle Arbeit zu beschaffen, sodass es unter garkeinen Umständen zu irgendwelcher Ar*beitslosigkeit in.* Israel komme, verlangt zur Zeit die Gewerkschaftsabteilung der Histadrut von der Regierung.

Die Abteilung ist bereit, der Regierung in dieser Angelegenheit jede nur erdenkliche Unterstützung angedeihen zu lassen. In der Histadrut befürchtet man sehr, dass es zu einer Arbeitslosigkeit kommen könnte.

aus dem Lande

Eine Gruppe von Maroniten aus Haifa begab sich in den Li*banon, um an der Beerdigung* des maronistischen Patriar*chen, der für Libanon* und Israel zuständig war, *teilzunehmen. Es ist dies das* erste Mal, dass libanesische Behörden die Einreise von israelischen Bürgern, abgesehen von offiziellen Kirchenpersönlichkeiten, gestatteten. In Israel gibt es *3 000* Maroniten.

Die Polizei hat Hunde dafür ausgebildet, sowohl Sprengstoff, als auch Rauschgift, beides vergraben, zu finden. *Die Schwie*rigkeit bestand bisher darin, dass die Hunde beides auszugraben versuchten. Nun hat man sie so dressieren können, dass sie bei Sprengstoff nur bellen. Die technischen Apparate die denselben Zwecken dienen, sind ausserordentlich kostspielig.

In Haifa fand gestern ein gross angelegtes Haga-Manöver statt, bei dem die Einsatzfähigkeit dieser Luftschutz- und Wachdienste geprüft werden sollte. Dabei *wurden* neueste Apparate und Geräte benutzt. *Das Publikum* versuchte zwar, Hilfe zu leisten, aber die vielen Menschen, die sich ansammelten, störten eher.

Eine Sonderkommission, die sich mit dem nationalen Dienst der Gymnasialjugend zu befassen hatte, übergab nun ihre Empfehlungen. Der Ausschuss bedauert, dass *die Grenzsiedlungen* für die jungen Leute geschlossen *wurden. Er meint* auch, die Jugendlichen könnten *in Elendsvierteln, zur Eingliede*rung von Olim und bei archäo*logischen Arbeiten eingesetzt* werden.

Viele Kibbuzim tun *zur Zeit* alles, um mit der neuen Wirtschaftslage fertigzuwerden. Siedlungen, die Zucker anbauen, haben die Anbaufläche vergrössert, (nachdem sie erst kürzlich verkleinert worden war), andere Kibbuzim haben den Arbeitstag um eine *Stunde* verlängert, um die Produktion zu steigern und so den erhöhten Kosten beikommen zu können.

Gymnasialschüler der obersten *Klasse* begannen gestern mit einem nationalen Einsatzdienst bei der Zitrusernte. Sie bekommen IL 15 pro Eimer geflückter Früchte, wie bekannt wurde.

31,3 Prozent, gegenüber 26,3 Prozent vor zwei Monaten erhielt der Maarach, der Arbeiterblock bei einer Meinungsumfrage, welche „Haarez" bei „Pori" *bestellt hatte. Um 0,9 Pro*zent erhöhte auch Likud seine Stimmen auf 19,6 Prozent. Nur 16,4 gegenüber 20.5 Prozent wussten jetzt nicht, für wen zu stimmen. Schulamit Alonis Bürgerrechtler sanken von 2,4 auf 1,4, Schinui stieg von 0,6 auf 2,1 Prozent.

„Buechermesse im Meir-Park ist keine Stoerung der Buerger"

„Es kann ja wohl niemand behaupten, dass die Ab*haltung einer Büchermesse im Gan Meir* in Tel Aviv eine Störung der Ruhe und Beschaulichkeit der Bürger oder gar ein *ekologisches Problem* darstellt. *Hier zeigt sich nur*, wie weit wir uns doch von der Welt der Bücher entfernt haben"-erklärte der Direktor des Verlages „Am Owed" anlässlich der Intervention des Verbandes gegen Luftverseuchung u. Umweltverschmutzung sowie Lärmausbreitung (Malras) gegen den Plan die Büchermesse in diesem Jahre in diesem bekannten Tel Aviver Park abzuhalten. Allerdings wird von anderer Seite bekannt, dass auch eine Cafeteria bei der Messe eröffnet werden soll, und hierbei mehren sich bereits die Grundlagen für eine Klage der Bürger. Bisher hat sich die Tel Aviver Stadtverwaltung zu der ganzen Frage noch nicht geäussert. Es ist jedoch nicht anzunehmen, dass sie ihre Pläne in Bezug auf die Buchmesse entscheidend verändern wird. Aehnliche Einwände werden jedes Jahr bei allen möglichen Veranstaltungen im Stadtgebiet erhoben und es ist unmöglich, jede einzelne zu berücksichtigen.

KREDITBEDINGUNGEN BEWEGEN SICH WIEDER ZURUECK

Durch die verstärkte Nachfrage um die Zeit der Verkündung der neuen Wirtschaftspolitik der Regierung und die Abwertung des Israelspfundes, hatten sich die Kreditbestimmungen in Israel allgemein verschärft, vor allem aber waren auf dem privaten Anleihemarkt aussergewöhnlich hohe Zinsen verlangt worden. Jetzt sind die Jahreszinsen auf dem Privatmarkt auf siebenundzwanzig Prozent zurückgegangen und bewegen sich damit auf dem Niveau, das sie vor der Abwertung gehabt hatten.

Es kann nur angenommen werden, dass das starke Ansteigen der Zinsen um die Abwertungszeit, damit zu erklären ist, dass zahlreiche Privatbürger, nicht nur die Geschäftsleute, Anleihen aufnahmen, um no[ch] *schnell* billige Einkäufe zu t[ä]tigen, und dabei nicht auf d[ie] Höhe der Verzinsung schaute[n].

REINER INDUSTRIEEXPO[RT] UM FAST FUENFZIG PROZENT ANGEWACHSE[N]

Fast eine Milliarde Doll[ar] betrug der reine Industrieexpo[rt] Israels im Jahre 1974 — abg[e]sehen von aller anderen Ausfuh[r], die fast noch einmal diesel[be] Summe erreichte. Das stellt ei[ne] Steigerung von 48% dem Vo[r]jahre gegenüber dar, als Isra[el] knapp 660 Millionen Dollar [a]n *Industrieausfuhr* verzeichn[en] konnte. Allerdings muss hier e[in] ganzer Teil dieser Steigeru[ng] auf das Konto der stark ang[e]stiegenen Preise auf dem Wel[t]markt geschrieben werden, w[ie] die Experten bemerken.

Aus dem Kurszettel der Tel Aviver Börse

	14.1.1975	15.1.1975
OBLIGATIONEN		
6% Devel Loan Serie 4 bearer $ linked	320.5	—
6% Israel Electr. „B" $ linked	155	155
5% Dead Sea Works bearer $ linked	148	148
6½% Zim $ linked	152	150
Milve Klita 1961 Index 136,3	362	362
Milve Klita 1962 Index 132,6	337	342
Milve Klita 1964 Index 138,5	460.5	461
Milve Klita 1965 Index 110,1	430	428
Milve Klita 1966 Index 118,6	254.5	353
Milve Klita 1967 Index 118,9	341.5	344
AKTIEN-MARKT		
Osar Hitjaschwut ord. shares reg.	216	214
I.L.D.C. Bankholding Ord. sh.	183	184
Bank Leumi „A" ord. stock	247.5	244
General Mortg. Bank ord. shares bearer	287.5	282.
Isr. Dev. & Mortg. Bank „B" ord. sh.	248	248
Hassneh Insurance ord. shares	191	187
Housing Mortg. Bank „B" rd. sh.	227	222
Delek ord. shares reg.	134	132
Pal. Cold. Stor. & Suppl. IL 10	140	140
Africa Pal Investments ord. sh. reg. IL 10 b.	208	208
Israel Land Development ord. sh. reg. IL 10	104.5	101
Solel Boneh Build. Works 10% bearer	107.5	107.
Mehadrin	163	163
Anglo Israel Investment	178.5	178.
Neot Aviv	75	73.
Rassco 8% pref. ord. shares reg.	77	76
Ata „C" ord. reg. shares	80	80
Dubek	327	327
Phoenicia 8% ord. pref. part. bearer	66.5	67.
American Israel Paper Mills	220.5	217.
Assis	167	165.
Elgar Investment bearer	83.5	82.
Ellern Investment Ltd. bearer	142	140
Pas Investments	87.5	88
Wolfson Clore Mayer Corp. reg. IL 10	67.5	66
Discount Bank Inv. bearer	158	157.
Bank Leumi Investment ord. shares	200	196.
Export Bank Investment	62	63
Clal Industries	120	120.
Naphta Ltd. ord. shares	130	136.
Lapidot ord. shares reg.	220	240
I.L.D.C. 10% conv. deb.	76	75.
Ata 10% cnv. deb.	71	70.
D-Mark per $	2.3930/50	2.3980/9
Swiss Fr. per $	2.5720/50	2.5725/3
D-Mark	2.49	2.4
Natad (unter Banken)	—	—

TENDENZ AM GESTRIGEN BORSENMARKT

übermittelt durch die Wertpapierabteilung der Japhet Bank
Ohne Obligo

** = ex rights
* = ex coup. div.

K = Nur Käufer
V = Nur Verkäufer
S = Schlusskurs

Dollar Bonds	unverändert
Index Bonds	uneinheitlich
Aktien	schwächer

ISRAEL NACHRICHTEN
חדשות ישראל

TAGESZEITUNG IN DEUTSCHER SPRACHE

— Nr. 319 —

Abonnement- und Anzeigenabteilung: Tel. 32675
Abonnement Tel-Aviv: Tel. 724881
Nacht-Redaktion ab 17.30 Uhr, Tel. 32675
Tel-Aviv, Harakewet Str. 52
Redaktion: Tel. 30014